

Zeitbombe Atomenergie!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
SD-Ehrenpräsi-
dent, Köniz

Albert Einstein soll einmal gesagt haben:

Es gibt zwei grenzenlose Unendlichkeiten in unserer Welt:

Die eine ist die Dummheit der Menschen;

die andere ist die Grösse des Universums.

Der ersteren bin ich mir sicher; der andern nicht!

Unter diesem Eindruck stand ich im Januar dieses Jahres (2011) angesichts der politischen Auseinandersetzung um die Konsultativ-Abstimmung im Kanton Bern über der Frage, ob ein neues Atomkraftwerk geplant werden soll oder nicht? – Bekanntlich ge-

POSTCODE
AZB 3806 Bönigen

wannen mit wenig über 50 % der Stimmenden die Befürworter. 14 Tage vor der Abstimmung verfasste ich deshalb den nachstehenden Leserbrief. Er wurde im BZ-Forum der Berner Zeitung am 28. Januar 2011 veröffentlicht. Er lautet: *Grossrat Philippe Müller drischt in seinem Leserbrief leeres Stroh, genauso wie die ultimativen Befürworter der alternativen Energien. Tatsachen*

sind: AKW sind eine derart gefahrenbelastete Technik, dass sowohl die Technik, wie auch die mit ihr arbeitenden Menschen 100 % vollkommen (=fehlerfrei) sein müssten, soll denn ein GAU ausgeschlossen werden können. Diese Vollkommenheit ist aber unmöglich – deshalb sind AKW in einer dicht besiedelten Gegend wie die Schweiz es ist, ein russisches Roulette! Das Problem der risikolosen Energieversorgung ist unlösbar, solange unsere Gesellschaft am Dauerwachstum festhält. Jeder Fortschritt wird durch die Maxime sabotiert, dass unsere Wirtschaft jederzeit, jede gewünschte Menge Energie zu günstigen Preisen zur Verfügung haben müsse. Eine wirkliche Lösung der Energiefrage ist nur zu erreichen, wenn die Maxime geändert wird auf «Unsere Wirtschaft hat mit der Menge Energie auszukommen, welche die Gesellschaft ohne Gefährdung von Mensch und Umwelt zur Verfügung stellen kann.»

Blick zurück im Zorn!

Die Nationale Aktion – die Vorläuferin der Schweizer Demokraten – kämpfte vor 40 Jahren sehr energisch gegen die Nutzung der Atomenergie, sowohl für sogenannte friedliche Zwecke, wie selbstverständlich auch für deren militärische Nutzung. Im Aktionskomitee «Kaiseraugst» wirkte der spätere Präsident und Nationalrat Rudolf Keller im Namen der Nationalen Aktion mit.

An der grossen Demonstration in Kaiseraugst hielt der damalige Zentralpräsident der NA V.J. Oehen eine Rede. Im Parlament war er buchstäblich der einzige Parlamentarier der die Besetzung des Geländes von Kaiseraugst ohne «wenn und aber» als legitimen Akt der Notwehr des Volkes verteidigte. Gleichzeitig publizierten wir eine Reihe von Inseraten in der Tagespresse, in welchen wir auf die un-



verantwortbaren Gefahren der Atomkraftwerke aufmerksam machten. Möglich machten dies grossherzige Spender, wobei an dieser Stelle vor allem unsere damalige Mitarbeiterin, Frau Lilly Rohr, zu erwähnen ist, die ein beachtliches Vermögen für unseren Kampf, im Interesse des Volkes und gegen die Wirtschaftsmächtigen, zur Verfügung stellte.

Leider wurden wir nicht genügend ernst genommen. Die Interessen der Wachstums-Wirtschaft siegten; die Gefahren aber blieben!

Fortsetzung Seite 2

Démocrate  Suisse
Pages 13–14

 Kantonsratswahlen
Zürich – 3. April 2011
SD-Liste unverändert
wählen! Infos auf S. 10

Inhalt

- 2 Wussten Sie, dass...?
- 3 Leben und Umwelt
- 5 Unsere Partei ist 50 Jahre jung! – Teil 3
- 7 Nationalistische Parteien bedrängen die SVP
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Junge Stimme
- 11 Kt. ZH: Jetzt erst recht!
- 12 Sicherheit der Kernkraftwerke im Kt. AG
- 15 Leserbriefe

Zeitbombe Atomenergie!

Fortsetzung von Seite 1

Und dann kam Tschernobyl im Jahre 1986. Zahlreiche Bürgerliche kamen zur Einsicht, dass die Gesellschaft einen falschen, gefährlichen Weg ging. Wiederum war es aber einzig unser Vertreter, der den Rat zu einer Gedenkminute aufrief für alle die Opfer dieses Wahnsinns. Aber wirklich umschwenken wollten die Parlamentarier nicht, da das Thema inzwischen von den Linken und den Ganz-Linken verinnahmt worden war. **Damit war das existentiell wichtige Anliegen korrumpiert.** Die mehrheitlich bürgerliche Schweiz mochte sich nicht mehr ernsthaft mit der Thematik befassen. Leider!

Politische Programmatik der NA/Schweizer Demokraten!

Schon ab 1973 flossen unsere Erkenntnisse in unser politisches Programm ein. Mit wenig Ergänzungen und Abänderungen ist dieses die bis heute gültige Grundlage der Schweizer Demokraten für die politische Arbeit auf diesem Gebiet. Viele unserer Forderungen haben inzwischen in die Tagespolitik Eingang gefunden. Andere werden nach wie vor abgelehnt. Es scheint mir deshalb richtig, dieses Programm hier zu zitieren:

Die Energiepolitik darf sich nicht nach den vermeintlich zwingenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Konsumenten richten, weil

der Energieverbrauch ohne wirklichen Gegendruck stetig zunehmen wird.

Vielmehr muss die Forschung Wege aufzeigen, wie der Energieverbrauch verringert werden kann. Jeder Mehrverbrauch belastet die Umwelt.

Je mehr Energie in ein System eingeführt wird, umso mehr wird dessen Wachstum angeheizt und umso störungsanfälliger wird es.

Wir fordern:

- Förderung von Wärmeisolationen an Gebäuden und Anlagen; (ist heute nahezu eine Selbstverständlichkeit!)
- Einführung einer sozialen Energieverbrauchssteuer;
- Abschaffung der Mengenrabatte bei allen Energieträgern;
- Vermeidung unnötiger Klimaaanlagen;
- Förderung energiesparender Techniken – wie zum Beispiel die Wärme-Kraft-Koppelung, Wärmepumpen, Nutzung der Sonnenenergie für die Warmwassergewinnung (auf diesen Gebieten sind viele gute Ansätze in unserer Gesellschaft festzustellen!)
- schrittweisen Ersatz der umweltschädlichen Energieerzeugung aus erschöpfbaren Quellen durch umweltfreundliche und erneuerbare Quellen (also statt fossile Energieträger und Uran die Verwendung von Holz, Was-



Tschernobyl 1986 – verstrahlte Kinder.

ser, Sonne, Wind, Erdwärme);
– Bauten mit Sonnenkollektoren;
– Ausbau und Erneuerung kleiner Wasserkraftwerke

Und vor allem – mittelfristig den Ausstieg aus der Atomenergie!

Die geneigte Leserschaft möge selber urteilen, wie fortschrittlich und zukunftsgerichtet unsere Arbeit schon vor 40 Jahren konzipiert war.

Die japanische Katastrophe – ein Wendepunkt?

Beim Schreiben dieser Zeilen ist das Ausmass der atomaren Katastrophe in Japan noch unabsehbar. Sicher ist aber bereits jetzt, dass die verantwortlichen politischen Behörden und ihre wissenschaft-

lich-technischen Berater schwer unter Druck kommen werden. Sicher können wir so, wie bis anhin, nicht weiterfahren. Insbesondere wird neben allen technischen Neuerungen in Zukunft auch die ganzheitliche Sichtweise (=ökologische) – eingeschlossen die Wachstumsproblematik – zur Geltung kommen müssen. Sonst gibt es keine wirkliche Lösungen der Menschheitsprobleme – die Katastrophen kommen einfach später!

Und die Abfall-Entsorgung!

Diese ist weder auf dem Papier – noch viel weniger in der Praxis gelöst. Ein Atomüll-Lager muss für Millionen von Jahren halten und demzufolge Eiszeiten und zahllose Erdbeben überstehen können. Die von der NAGRA vorgeschlagenen Lösungen entsprechen aber nur dem Vorgehen eines schlechten Handwerkers mit dem Motto: «Aus den Augen – aus dem Sinn!» Und man will den kommenden Generationen Kuckuckseier ins Nest legen! – Wie aus den Uralt – AKWs von Oklo (Gabun) zu schliessen ist, brauchen wir Zeiträume von Hunderten von Jahrtausenden bis das «strahlende» Problem auf natürliche Weise gelöst ist.

Es gibt nur eine anständige Antwort auf die offenen Fragen:

Verzichten! Verzichten auf die Produktion radioaktiver Stoffe, also keine Kernspaltung – weder für zivile Ziele, noch viel weniger für militärische Zwecke!

Wussten Sie, dass...?

In diesen Tagen überschlagen sich die Ereignisse im arabischen Raum. Was daraus resultieren wird, dürfte sowohl dem westlichen Hegemonial und seinen Vasallen, wie auch für die arabischen Völker von existenzieller Bedeutung sein.

Eigentlich würde es mich reizen, diesen Aufsatz erst in einem Monat zu schreiben; aber dann kann ich ja wieder ein «Wussten Sie, dass...?» mit den neuesten Erkenntnissen verfassen. Na also, wussten Sie, dass...

...nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums 5,7% der Amerikaner ständig hungern. Das heisst, dass rund 18 Mio Amerikaner ohne die karitativen Einrichtungen (Suppenküchen, Lebensmittelmarken usw.) verhungern müssten. Aber für das Militär, resp. die verschiedenen «Kriegsspiele», ist noch immer genug Geld da!

...in der britischen Stadt Birmingham die britischen Engländer (d.h. die Weissen) zu einer Minderheit von 47% der Bevölkerung geworden sind. Der Schreibende lebte 1956/1957 in dieser Stadt. Nebst ziemlich zahlreichen Indern, sah man höchstens vereinzelte farbige Menschen.

Heute sind über 50% der Einwohner, afrikanische, asiatische und arabische Muslime. Die Kopftuchträgerinnen beherrschen das Bild dieser Stadt! Welch ein Fortschritt!

...auch als Folge der Einwanderung in die westlichen Sozialsysteme und wegen der Finanzkrise die Renten-Eintrittsalter nach oben verschoben werden. Irland und Lettland haben das Renten-Alter bereits auf 68 Jahre erhöht. Dänemark plant die Erhöhung auf 71 Jahre. In unserem Lande ist es nur eine Frage der Zeit, bis es die linken Gutmenschen fertig gebracht

haben werden, dass die Sozialwerke auf die grosszügige Asyl- und Einwanderungspolitik mit Verschlechterung für alle reagieren müssen. Egal, was die Gewerkschaften auch immer praschauern! Man kann gewisse Völker auch auf diese Weise «entreichern»!

...die SBB rund 100 Millionen guter Schweizer Franken in schnellere TGV-Züge investieren wollen. Damit sollen Reisende von Genf oder Basel in rund drei Stunden in Paris sein. Wie arm wir doch geworden sind, dass wir zwar nach Paris zum Einkaufen und zum Mittagessen dürfen, aber dafür fast keine Zeit haben!

Es geht ins gleiche Kapitel wie die Milliarden Verschleuderung um in weniger als eine Stunde von Bern nach Zürich fahren oder in Rekord-Kurzzeit die Strecke Basel-Milano bewältigen zu können. Hoffentlich kommen die Verant-

wortlichen für diesen Irrsinn einmal wenigstens rechtzeitig im Himmel an!

...in den USA und im EU-Raum ein finaler Schlag gegen das freie Bauerntum vorbereitet wird, resp. zum Teil schon im Gange ist? Die Chemie-Konzerne haben es geschafft, dass auf Gesetzesstufe (HR 875 und S 424) jedem landwirtschaftlichen Erzeuger vorgeschrieben werden soll, welches Saatgut, welche Düngemittel und Pestizide er zu verwenden hat. Wer sich nicht daran hält, kann mit Geldstrafen bis zu 100 000\$ und der Verwüstung seiner Felder bestraft werden. Das Ganze nennt sich «Schutz der Biodiversität». Welch ein Hohn gegen die biologischen Anbaumethoden und die Selbstversorger mit Lebensmitteln! De facto wird damit der biologische Landbau vernichtet!

Tino Giacomo



Horrorvision im mittleren Glatttal!



jhd. Schon früher hat sich der Raum mittleres Glatttal zunehmend verstädtert. Die Gemeinden rund um Dübendorf haben sich zur Planungsgruppe «glow» – englisch ist ja modern! – vereinigt. Das VBS, früher Eidgenössisches Militärdepartement, hat nun angekündigt, 2014 wolle es den Militärflugplatz Dübendorf schliessen. Mitleidlos soll damit die Wiege der schweizerischen Fliegerei liquidiert werden! Schon rein militärstrategisch ist die Sache sehr fragwürdig; denn damit gibt die ganze Ostschweiz ihre militärfiegerischen Einrichtungen preis, wurde der Militärflugplatz Näfels doch schon früher aufgehoben. Alle entsprechenden Einrichtungen würden sich hiermit auf die Westschweiz konzentrieren! Sofort gab es eine Fülle von Projekten, was man mit dem frei werdenden Gelände alles machen wolle: einen



Technopark, «Innovationspark», ein neues Industriegebiet, Wohnhaussiedlungen als Teil einer neuen Stadt usw. Unter Führung einer Architektengruppe «Krokodil» soll diese sogar einen Namen erhalten, wobei «Glattfurt» bisher im Vordergrund steht. Der durch die Masseneinwanderung ausgelöste Baulandhunger fordert eben seinen Tribut! Die schon heute prekäre Verkehrssituation in der Gegend würde damit noch ärger. Die Vereinigung «Forum Flugplatz Dübendorf» kämpft seit einiger Zeit gegen diese Pläne und hat die Horrorvision in einer ganzseitigen Anzeige «visualisiert», wie man heute so schön sagt.

Schweizer Wohnbevölkerung wächst und wächst!

2009 und 2010 waren wieder Jahre, in welchen die Schweizer Wohnbevölkerung Rekorde von Wachstum durch Einwanderung verzeichnete. 2009 nahmen die Personen mit ausländischem Pass in der Schweiz offiziell um 3,9 Prozent zu, 2010 um 2,4 Prozent, was das Bundesamt für Migration in ihrer Presse-

mitteilung zur zynischen Bemerkung veranlasste, 2010 habe sich die Zuwanderung «abgeschwächt».

Dies zeige, dass sich die Zuwanderung von EU-Bürgern sich «der jeweiligen wirtschaftlichen Situation in der Schweiz angleiche». Wohin soll das noch führen?

Neue Tierversuche wegen Nanotechnologie

Nanotechnologie befasst sich mit den Eigenschaften winzig kleiner Teilchen. Von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkt, haben sich Nanopartikel in den letzten Jahren in unseren Alltag eingeschlichen. Sie befinden sich in Reinigungsmitteln, Textilien, Sonnencremes, Lebensmitteln und Farben. Doch wie wirken sie auf Körper und Umwelt?

Klar ist, Nanoteilchen passieren die Haut. Vollkommen unklar dagegen ist, was sie, einmal in den Körper gelangt, dort genau tun: Sammeln sie sich an oder werden sie wieder ausgeschieden?

Auch die Auswirkungen auf die Umwelt sind ungeklärt. Eine Fülle von Fragen, die die Gesundheit von

Verbrauchern unmittelbar betreffen können, die aber in der Euphorie über die neue Technologie erst einmal komplett unbeantwortet blieben. Seit Jahren werden umfangreiche Tierversuche durchgeführt, die erforschen sollen, ob, und wenn ja wie, Nanopartikel schädlich sein können. Nur sind diese Tierversuche nicht sehr sinnvoll: Es werden viel zu hohe Dosierungen gegeben. Es gibt keine Daten zu den langfristigen Auswirkungen. Die verwendeten Nanopartikel haben verschiedene Grössen und Formen – dies alles führt dazu, dass die Versuche hinterher nicht vergleichbar und die Ergebnisse für den Menschen oft wertlos sind.

Animalfree Research

«Tierschutz» in Kanada!

jhd. Kanada ist dafür berüchtigt, dass «Jäger» mit Keulen Babyrobber in der «Jagdsaison» jeweils totschlagen. Nun ist eine neue «tierschützerische» Tätigkeit in Mode gekommen. 2010 während der Olympischen Winterspiele in Whistler Mountain hatten mit Husky-Hunden bespannte Schlitten dafür gesorgt, dass Touristen

die verschneite Landschaft erkunden konnten. Nach den Spielen war der Bedarf plötzlich nicht mehr so gross, was die Verantwortlichen dazu veranlasste, im April fast 100 Schlittenhunde, in zwei Tagen im Stil einer Massenhinrichtung, zu erschiessen. Noch Lebende mussten dabei zuschauen, wie ihre «Kollegen» liquidiert wurden.



Unterdurchschnittliche Schweizer Schutzgebiete

jhd. Die Schweiz gebärdet sich gerne als Musterschüler des Umweltschutzes. Was die Grösse der Schutzgebiete betrifft, leistet sie jedoch Unterdurchschnittliches. Kürzlich einigten sich die Nationen an der Artenschutzkonferenz von Nagoya (Japan) auf eine Kom-

promissempfehlung: Es seien 25 Prozent der Landfläche und 20 Prozent der Meeresfläche als Naturschutzzonen auszuscheiden. Die Schweiz schneidet dabei erbärmlich schlecht ab. Der Nationalpark umfasst nämlich nur etwa 6 Prozent der Fläche des Landes!

Erneuerbare Energie ist die Zukunft der Schweiz!



Konservative Berechnungen des Bundesamtes für Energie kalkulieren das Potenzial für die Stromgewinnung aus erneuerbaren Quellen in unserem Land auf neun Terawattstunden. Dies ist mehr als die 3-fache Produktionsmenge des AKW Mühleberg.

Was es für einen Umstieg braucht, ist der politische Wille, erneuerbare Energien konsequent zu fördern. **Stellen wir die Weichen!**

Studien zeigen: Schon 2030 wären erneuerbare Technologien in der Lage, 38 % des weltweiten Strombedarfs zu decken. Allein durch Photovoltaik könnten bis 2020 3,7 Millionen neue Jobs geschaffen und 542 Millionen Tonnen CO₂ verhindert werden.

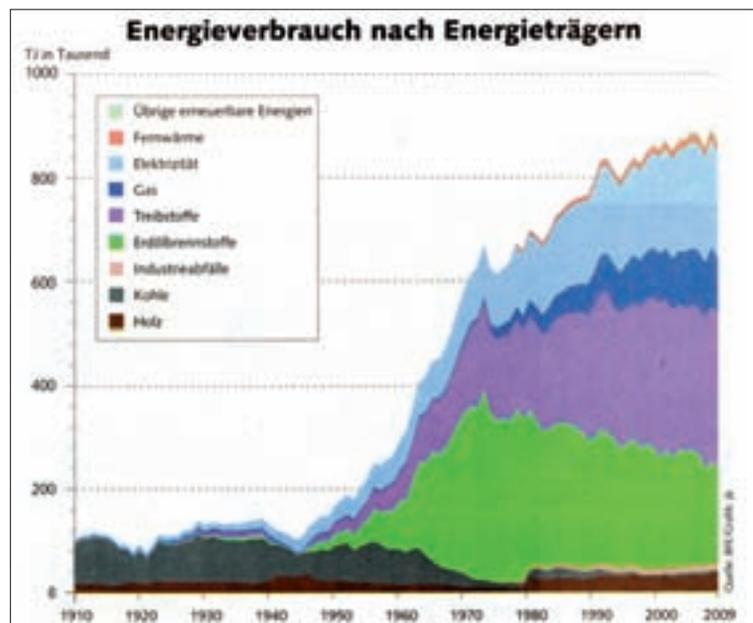
Ein Energieverbrauch von 2000 Watt pro Person und Jahr muss in der Schweiz das langfristige Ziel sein. Das bedeutet Einsparungen von zwei Dritteln des Verbrauchs gegenüber heute. Lösungen und Technologien sind vorhanden, durch die sich ohne Verzicht auf Komfort und Lebensqualität die

Energieeffizienz schon heute massiv steigern lässt. **Nutzen wir die Möglichkeiten der besten Technologien, die verfügbar sind!**

Das Potenzial ist enorm: Allein durch effizientere Geräte, Heizungen, Maschinen und Beleuchtungen lässt sich die Stromproduktion von sechs Atomkraftwerken in der Grösse von Mühleberg oder Beznau einsparen.

Die Schweiz ist reich an Energieressourcen. Sonne, Wasser, Wind, Biomasse, Geothermie – diesen Quellen gehört die Zukunft. Sie sind nicht nur unerschöpflich, sondern fordern und fördern auch die heimische Wirtschaft. Es ist davon auszugehen, dass ein Grossteil der Milliardeninvestitionen für die Planung und den Bau neuer AKW in die Taschen von wenigen ausländischen Konzernen fließt. Bei Energie aus erneuerbaren Quellen erfolgt die Wertschöpfung dagegen grösstenteils in der Schweiz!

Greenpeace Schweiz



Klimaveränderung – Fakt oder Fiktion?

- Das Klima hat sich schon immer ständig verändert. Das Klima ist nichts Beständiges, sondern etwas Dynamisches.
- Weder die Geschwindigkeit noch das Ausmass des heutigen Klimawandels kann mit den Mechanismen der natürlichen Klimaschwankungen erklärt werden.
- Der Mensch greift vor allem durch seinen grossen Verbrauch an fossilen Energieträgern massiv in die natürlichen Kreisläufe ein und verändert damit das Klima.
- Das Ausmass und damit die Folgen dieses vom Menschen verursachten Klimawandels hängen sehr stark von den Entwicklungen der Technik, der Wirtschaft, der Bevölkerung und politischen Entscheiden in den nächsten Jahrzehnten ab.

Seit der industriellen Revolution verändert der Mensch durch den Verbrauch von fossilen Energieträgern das Klima. Das Tempo und die Auswirkungen dieses Klimawandels werden immer grösser. Auch in der Schweiz werden die Folgen vor allem in den Alpen laufend

sichtbarer, aber auch immer gravierender. Dieser Klimawandel kostet nicht nur viel, sondern fordert auch immer mehr Opfer.

Die Schweiz wird auch von den durch die globale Erwärmung ausgelösten Migrationsströmen und Konflikten betroffen sein.

Die nächsten zwei Jahrzehnte entscheiden darüber, in welchem Ausmass die globale Erwärmung stattfindet. Hier sind wir alle gefordert, auch wenn unser Beitrag im globalen Massstab klein sein mag: Unsere Politiker müssen wirksame Massnahmen ergreifen und durchsetzen, um den Ausstoss an Treibhausgasen zu reduzieren und sich im internationalen Rahmen für solche Massnahmen einsetzen. Wir Konsumenten können durch einen effizienten und zurückhaltenden Umgang mit fossilen Energieträgern dazu beitragen, dass die Erwärmung nicht über 2°C steigt. Ich bin überzeugt, dass es noch nicht zu spät, aber höchste Zeit ist, etwas gegen die immer schnellere Erwärmung zu tun.

*Jörg Rentschli:
Schweiz. Med. Forum*

Konventioneller Anbau oder Biolandbau

Was ist besser?

Artenschutz geht auch ohne Bio – und manchmal sogar besser. Das folgern Forscher der **Universitäten York und Leeds** in England aus einer Feldstudie. Die Wissenschaftler wollten herausfinden, wie sich **Artenschutz und Ackerbau** am besten vereinbaren lassen. Dafür testeten sie zwei Szenarien. **Szenario eins: Bio-Anbau. Szenario zwei: Konventioneller Anbau mit angrenzendem Schutzgebiet.** Und so lautet das Ergebnis: Manchmal sind **konventionelle Felder mit angrenzenden Naturschutzgebieten besser für die Artenvielfalt.** Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das angrenzende Land nicht einfach brach liegt. Vielmehr muss es wie ein Naturschutzgebiet gepflegt werden, **damit wild lebende Tiere** sich dort gut ausbreiten können, schreiben die Forscher um **Jenny Hodgson** von der Universität York in den **«Ecology Letters»**. Ursache für den überraschenden Zusammenhang sei, dass der **konventionelle Anbau weniger Platz** in Anspruch nehme als **Bio-Anbau.**

Auf einem konventionellen Feld kann also mehr erwirtschaftet werden als auf einem gleich grossen Bio-Feld. Für die Studie beobachteten die Wissenschaftler **Schmetterlinge** in 16 englischen Schutzgebieten sowie Getreidefeldern und auf Weiden – konventionell und bio. Dort untersuchten sie Anzahl und **Artenvielfalt der Tiere**. Sie stellten fest, dass auf Bio-Ackern wie erwartet mehr Schmetterlinge leben als auf konventionellen Feldern. Aber: Ein kleinerer konventioneller Acker mit angrenzendem Schutzgebiet bietet auf derselben Fläche insgesamt Lebensraum für noch mehr Schmetterlinge – während dort dieselbe Menge Lebensmittel erwirtschaftet werden kann wie auf einem Bio-Acker.

Der konventionelle Anbau in Kombination mit einer Naturschutzfläche ist immer dann besser für Schmetterlinge, sobald der Ertrag pro Hektar aus dem Bio-Anbau unter 87 Prozent desjenigen aus dem konventionellen Anbau fällt.

Aus: TA



1961 bis 2011: Unsere Partei ist 50 Jahre jung SD - eine beachtliche politische Leistung!

Schweizer Demokraten

3. Teil: Wie damals argumentiert und gekämpft wurde und unsere ersten Parlamentarier



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Nachdem die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» im Herbst 1961 gegründet wurde, begann der harte politische Kampf, um sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Damals gab es kein Internet und das Fernsehen war auch noch in den «Kinderschuhen». Also musste man mit Flugblättern auf die Strasse. **Auf Seite 6 können Sie einen Faksimile-Abdruck mit einem Ausschnitt des ersten NA-Flugblattes lesen, das ab 20. Januar 1963 in einer Grossauflage von 580 000 Exemplaren unters Volk gebracht wurde.** Dieses Flugblatt spricht Bände! Man könnte den grundsätzlichen Inhalt eins zu eins nehmen und es, mit einigen wenigen Änderungen, heute wieder neu verteilen. So aktuell waren unsere Gründerväter und so aktuell sind diese Probleme noch heute.

Damals bedeutete Flugblatt-Verteilung = selbst zu Fuss von Haus zu Haus laufen und die Flugblätter in die Briefkästen legen. Das war härteste Knochenarbeit, die geleistet werden musste.

Hinweis: Wir tun unser Möglichstes, damit Sie, liebe Leserin, lieber Leser, diese Dokumente aus unserer Anfangszeit in möglichst guter Qualität begutachten können. Aber die Originale sind leider bereits ein wenig vergilbt.

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Das erste NA-Inserat von Fritz Meier, Ellikon an der Thur

Nebenstehend kann das erste NA-Inserat gelesen werden, das Fritz Meier am 23. Dezember 1962 und am 27. Dezember 1962 in der Zeitung «Landbote» publizierte. Auf diese Weise stiessen immer mehr Leute zur Nationalen Aktion. Solche Kleininserate und das Verteilen von Flugblättern waren für die neu aufkommende politische Bewegung denn auch die einzigen Möglichkeiten, Präsenz zu markieren.

Die ersten NA-Parlamentarier

Nachdem 1967 der Zürcher Dr. James Schwarzenbach zum ersten Nationalrat der Nationalen Aktion gewählt wurde, **entschied man sich, den Schritt in die Parlamente zu wagen.** Dies war auch damals nicht leicht. Aber man hatte schon in den 60er- und 70er-Jahren die Erkenntnis gewonnen, dass man als politische Kraft nur ernst genommen wird, wenn man in den Parlamenten vertreten ist und dort mitarbeitet.

Basel-Stadt, Zug, Zürich und Basel-Land waren die ersten vier Kantonsparlamente, in die der Einzug gelang:

- 1968 Basel-Stadt 2 Grossratsmandate;
- 1970 Zug 3 Kantonsratsmandate;
- 1971 Zürich 10 Kantonsratsmandate;
- 1971 Basel-Land 3 Landratsmandate.

Fortan entwickelte sich die Nationale Aktion immer mehr von einer locker organisierten Volksbewegung hin zu einer richtigen Partei.

Nationalratswahlen 1971 von Erfolg gekrönt

1971 gelang dann auch der sensationelle Durchbruch bei den Nationalratswahlen. Es wurden gewählt: **Valentin Oehen**, dipl. Ing. agr., Liebefeld (Kanton Bern); **Walter Jaeger-Stamm**, Chemiker, Basel (Kanton Basel-Stadt); **Dr. Heinrich Müller**, Jurist, Uetikon (Kanton Zürich);

Nationale Aktion

gegen Überfremdung von Volk und Heimat

Die Überfremdung der Schweiz hat unverantwortliche Ausmasse angenommen. Damit unsere Enkel uns nicht verfluchen, dürfen wir nicht mehr länger diskutieren - wir müssen handeln!

Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat.

Postfach Winterthur 2
Postcheck VIII b 7159 Winterthur

Georges Breny, Buschauffeur, Bern (gewählt im Kanton Waadt). Mit der Wahl von Georges Breny, der auch perfekt französisch sprach, war unser Gedankengut auch in der Westschweiz angekommen.

Vom Nationalratswahl-Plakat 1971 der Nationalen Aktion haben wir leider kein Original mehr gefunden, aber in Abdrucken (schlechte Qualität) liegt es vor. Unter dem Slogan:

«Gegen Überfremdung, Übervölkerung, Mietzinsexplosion, Umweltzerstörung»

wurde erfolgreich um Stimmen geworben. Damit sagte die NA ganz klar aus, dass sie eine Anti-Überfremdungs-Bewegung ist. Sie gab

sich aber auch als Partei der kleinen Leute zu erkennen mit sozialer und schon damals ökologischer Ausrichtung. Unten auf dem Plakat war dann noch ganz frech zu lesen:

«Wählt echte Volksvertreter in das Bundeshaus, die Marionetten der Wirtschaftsgiganten müssen raus!»

Das waren also deftige und deutliche politische Forderungen, mit denen man sich auch heute noch als SD-Mitglied problemlos identifizieren kann.

Mehr zu politischen Inhalten können Sie in der nächsten Zeitung und damit im 4. Teil lesen. Dann stellen wir das erste Parteiprogramm von 1963 vor.

Parteigeschichte siehe auch nächste Seite...

Wir feiern das 50-Jahr-Jubiläum am 1. August 2011 in einem grösseren Rahmen miteinander.

Reservieren Sie sich dieses Datum schon heute!

Ausschnitt aus dem Flugblatt vom 20. 1. 1963 (Auflage 580 000 in 4 Varianten)

Über 1 Million Ausländer in der Schweiz!

**Gebt ihnen
noch fünf Jahre
Zeit, und ihr
werdet die
Schweiz nicht
wiedererkennen!**

Kinderhorte in
Zürich 19622/3 Ausländer
1/3 SchweizerGeburten in
Winterthur 19622/3 Schweizer
1/3 Ausländer

Der von allen Parteien und Behörden tolerierten Fremdarbeiter-Invasion ist Einhalt zu gebieten. Um unserem Willen Nachachtung zu verschaffen, werden wir uns durch eigene Listen an den massgebenden Wahlen beteiligen. Wir werden Initiativen und Referendum ergreifen, um die Zahl der Ausländer in der Schweiz auf die Zahl der Schweizer im Ausland zu senken. Wir müssen jene überbordende wirtschaftliche Expansion bekämpfen, die nur noch den Profit, aber keine Heimat mehr kennt.

**Wir wollen uns in der Schweiz
wieder daheim fühlen!**

Wir verlangen vom Bundesrat:

1. **Sofortige Einreiseperrre ausländischer Arbeitskräfte**
2. **Abbau des Fremdarbeiterbestandes um 30% bis 1. August 1965**
3. **Verlängerung der Frist zum Erhalt der Niederlassung auf 20 Jahre**

Wir verlangen vom Nationalrat:

1. **Auf die Behandlung des vom Bundesrat mit Italien abgeschlossenen Einwanderungsabkommens nicht einzutreten!**
2. **Das Sozialabkommen mit Italien, der Wirklichkeit entsprechend, als unbefristeten Staatsvertrag zu deklarieren und dem Referendum zu unterstellen**
3. **Die fruchtlose Entlassung des Römer Parlamentärs Dr. M. Holzer «als heilsamen Schock» für seine Kapitulation**

**Damit
unsere Enkel
uns nicht
verfluchen,
müssen wir
jetzt handeln!**

Die Invasion unserer Heimat durch Fremdarbeiter mit ihren Familien hat durch ihre negativen Auswirkungen auf die überwältigende Mehrheit des Schweizervolkes ein unerträgliches Ausmass angenommen.

**Diese Ueberfremdung ist Verrat
an der Zukunft unserer
Schweizerjugend und Verrat am
Erbe unserer Väter!**

Wer die Schweiz den Schweizern erhalten —
Wer endlich nicht mehr diskutieren,
sondern handeln —
Wer die Ursache von Wohnungsnot,
Lehrermangel, Spekulation und Inflation
beseitigen —
Wer das Ausmass der Ueberfremdung
als K.o.m. weiterer Ueberfremdung so-
fort reduzieren —

**Wer also eine Politik will, die
niemals die Zukunft aller, einer
bequemen Gegenwart für einige
wenige opfert,**

der organisiert sich und kämpft mit der

**Nationale Aktion
gegen die Ueberfremdung von Volk und Heimat**

Postfach 8402 Winterthur, Oberter, Postcheckkonto 84 - 7159 Winterthur

Für das Aktionskomitee:

F. Meier, Konstrukteur, Eiliken an der Thur, Präsident — A. Perrel-Gebli, Lehrer, Zollikon — G. Meier, Beamter, Luzern — Ed. Altherr, Dr. med., Thalwil — H. R. Freal, Lehrer, Stammheim — M. Keller, Betriebsleiter, Winterthur — Ed. Perret, Mathematiker, Burgdorf — H. Ruckstuhl, Rentner, Winterthur — J. K. Pilster, dipl. Ing., Effretikon — R. Ganzhorn, techn. Angestellter, Winterthur.

Anderswo gelesen: Tages-Anzeiger vom 15. März 2011

Nationalistische Parteien mit linken Positionen bedrängen die SVP

In Genf und im Tessin legen Protestparteien zu. Sie haben auch in der Deutschschweiz Potenzial.

Der Aufstieg der SVP scheint unaufhaltsam. Innerhalb von knapp 20 Jahren hat sie ihren Wähleranteil praktisch verdreifacht und ist zur stärksten Partei aufgestiegen. Gemäss jüngstem Wahlbarometer kann sie auch im Oktober zulegen – 30 Prozent dürften in Reichweite liegen. Die SVP gewinnt zulasten der bürgerlichen Konkurrenz von CVP und FDP. Sie hat aber auch den rechten Rand bereinigt und die dortigen Parteien fast ausnahmslos integriert oder verdrängt: Die Schweizer Demokraten sind zu einem verstreuten Häuflein geworden, die Auto- und spätere Freiheitspartei hat sich mit Ausnahme weniger Sektionen aufgelöst.

In zwei Kantonen ist der SVP der Durchmarsch bisher jedoch nicht gelungen: in Genf und im Tessin. In Genf ist die Partei 2001 zwar fulminant gestartet. Mit einem Wähleranteil von 10,4 Prozent eroberte sie auf Anhieb 10 Sitze im Kantonsparlament. Seither ist ihr Wähleranteil jedoch gesunken. Das liegt nicht am fehlenden Potenzial, sondern an der Konkurrenz durch das Mouvement Citoyens Genevois (MCG), einer von SVP-Dissidenten gegründeten Protestpartei. Die Bewegung von Eric Stauffer war am Wochenende die grosse Siegerin der Kommunalwahlen. Kantonal hat sie 2005 einen Wähleranteil von 7,7 Prozent erreicht, 2009 fast doppelt so viel. Wie stark die SVP in Genf sein könnte, zeigte sich bei den eidgenössischen Wahlen 2007, bei denen das MCG nicht antrat: Damals holte sie 21,1 Prozent.

Ultralinke Anliegen

Ähnlich ist die Lage im Tessin. Auch dort gäbe es wohl ein SVP-Potenzial von mindestens 20 Prozent. Doch die Partei hat es bei kantonalen Wahlen nie über 6 Prozent gebracht, bei eidgenössischen nie über 8,7 Prozent. Hier stehen ihnen Giuliano Bignasca und seine Lega dei Ticinesi vor der Sonne, die seit 20 Jahren zur festen Grösse der kantonalen Politik gehören. In den Wahlen von 2007 dürfte deren effektiver Wähleranteil über den ausgewiesenen 13,7 Prozent gelegen haben. Der Sitzanteil der Lega zeigt nämlich, dass ihre Vertreter auf den erstmals zugelassenen Listen ohne Parteienbezeichnung gut abgeschnitten haben.

Das Erfolgsrezept der Lega und des MCG lässt sich mit dem Begriff national-sozialistisch umschreiben – nicht im Sinne von Hitlers NSDAP, sondern im Sinne des Wortes: Beide Parteien punkten einerseits mit Einwanderungsstopp und Ausländerfeindlichkeit, andererseits aber auch mit ultralinken Anliegen. So lehnt die Lega jegliche Öffnung ab, sie macht Grenzgänger und andere Ausländer für alle Probleme verantwortlich und sie wollte das Bankgeheimnis per Volksinitiative in die Bundesverfassung schreiben. Die Lega hat zudem eine kantonale Krankenkasse mit Höchstprämien von 200 Franken pro Monat gefordert, verlangt gratis öffentliche Verkehrsmittel für Schüler und Rentner sowie den 13. Monatslohn in der AHV. «Weder links noch rechts. Genf zuerst», heisst der Slogan des MCG.



«Sozial-Nationalismus» von links: Eric Stauffer (mitte) feiert mit seinen Getreuen des Mouvement Citoyens Genevois den Wahlerfolg.

Auch diese Bewegung punktet nicht nur im rechten Lager. «Wachstum schaffen unter Wahrung einer gerechten sozialen Umverteilung», heisst es in ihrer Charta. Eine Formulierung, die man sich im Parteiprogramm der SVP nur schwerlich vorstellen kann. Haben Lega und MCG folglich das Patentrezept gegen die SVP gefunden? Und weshalb gibt es keine Nachahmer in der Deutschschweiz?

Potenzial ist vorhanden

Grundsätzlich könne man von einem Erfolgsrezept sprechen, um die SVP in die Schranken zu weisen, sagt der Politologe Michael Hermann. Wer das Nein zu jeglicher Öffnung mit einem starken Sozialstaat kombiniere, fordere die SVP heraus, weil «sie in Verteilungsfragen rechts steht». In Genf und im Tessin ist der Nährboden

für solche Parteien laut Hermann besonders gut. Als Grenzkantone seien sie in der Ausländerfrage exponiert. Zudem stimmten sie in der Regel für ausgebaute soziale Leistungen. Und schliesslich spiele wohl auch die Nähe zur französischen und italienischen Politikultur eine Rolle.

So einfach lasse sich das Rezept allerdings nicht auf andere Regionen übertragen, sagt Hermann: «Ist die SVP einmal so stark wie in der Deutschschweiz, ist es schwierig, sie zu verdrängen.» Ein gewisses Potenzial sieht er aber trotzdem. Etwa in einer linkspopulistischen Partei, die die wachsende Skepsis vieler Gewerkschafter gegenüber der Personenfreizügigkeit thematisieren und der SVP damit Wähler abspenstig machen könnte. Das wäre dann gewissermassen «Sozial-Nationalismus» von links.



National-sozial: Das sind die Schweizer Demokraten schon lange!

Positionen, wie sie nun das MCG in Genf oder die Tessiner Lega vertreten, verfechten die Schweizer Demokraten (SD) in der Deutschschweiz schon seit vielen Jahren: Sie treten – z.B. im Zürcher Gemeinderat – konsequent für Arbeitnehmer- und Mieteranliegen ein. Sie haben das Verbot der Pauschalbesteuerung und die Steuergerechtigkeits-Initiative

unterstützt. Es waren auch die SD, die im Zürcher Gemeinderat den automatischen Teuerungsausgleich fürs städtische Personal durchsetzten. Nur erfährt die Öffentlichkeit nichts von all dem, weil die Presse – leider inklusive «Tagi» – alles unternimmt, um die SD totzuschweigen.

Christoph Spiess,
Gemeinderat SD, Zürich

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininse-
rat für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrags-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

DIENSTLEISTUNGEN

Steuererklärung 2010. Kompeten-
ter Fachmann füllt Ihre Steuer-
erklärung bei Ihnen zu Hause
(Bern und Umgebung) aus und gibt
Ihnen entscheidende Steuertipps.
Ab Fr. 60.–.

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

ZU VERMIETEN:

**Seriöse und preiswerte Mietwagen
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller, Motorräder,** ab Fr.
600.– mtl. inkl. 2000 km; Motos ab
Fr. 200.–. Die Fahrzeuge können
auch pro Tag oder Wochen gemie-
tet werden; für die ganze Schweiz.
Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

ZU MIETEN GESUCHT:

Gesucht in **Uster** von ruhiger
Schweizerin in neuem Haus:
**1- bis 2½-Zimmer-Wohnung im
EG.** Keine Treppen und Tritte beim
Zugang.

Telefon 078 772 68 11

**Schweizerin sucht 2- bis 3-Zim-
mer-Wohnung in Zürich und Um-
gebung.** Auch ein Hausteil kommt

in Frage. Vermieter melden sich
bitte telefonisch oder per E-Mail
bei oben stehender SD-Marktplatz-
Adresse. Besten Dank!

GESUCHT:

Kaufe von privat **altes Spielzeug**
von 1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

ZU VERKAUFEN:

**Bio-Knospen Olivenöl und Schwe-
izer Essig** von Waldkirch SG, Region
Ostschweiz,

Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

6 Paar Arbeitshosen von «**Lut-
teurs**», mit leichter weisslicher
Maserung (je 3 blaue und 3 grüne),
ungebraucht, Grösse 44, Fr. 74.– je
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enricobarisi@bluewin.ch

Quarzuhren, Omega mit Datuman-
zeige (mit Originallederarmband),
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt

für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

Diverse Saab 9-5, Klima, Leder,
Automat, top Zustand, ab MFK, Ga-
rantie, ab Fr. 5900.–, Tausch, Teil-
zahlung ohne Anzahlung möglich,
weitere Fahrzeuge. Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

BEKANNTSCHAFTEN:

Schweizer Mann, Jg. 50, sucht
Freundin, die küssen kann.

Vielleicht gibt es auch mehr dar-
aus... **Ein nettes Brieflein mit Foto
würde mich sehr freuen.** Dies sen-
den an: SD-Marktplatz, Chiffre 165,
Postfach 1531, 4001 Basel

PERSÖNLICHES:

**Hallo, ...ich bin Madlen Küng aus
Basel.** Ich war früher sehr aktiv in
der Partei! Jetzt geht eben vieles
nicht mehr, leider! Aus gesundheitli-
chen Gründen bin ich ins Alters-
heim umgezogen.

Als Info für jene, die mich suchen
oder kontaktieren möchten: Ich ha-
be eine neue Adresse und auch eine
neue Telefonnummer!

Altersheim Gundendingen, Bruder-
holzstrasse 104, 4053 Basel

Telefon 061 367 85 84

Eine jede Kontaktaufnahme freut
mich!

MAHNWACHEN:

Ein persönliches Zeichen setzen:

Tägliche Mahnwachen für Japan

Unsere Gedanken und unser Mitge-
fühl sind bei der japanischen Bevöl-
kerung, welche durch das Erdbeben,
die Flutwelle und die zusätzliche
atomare Bedrohung zu Schaden ge-
kommen ist. Über 500 000 Men-
schen mussten bisher aus dem Kata-
strophengebiet evakuiert werden.
Wie sich die Lage entwickeln wird,
ist im Moment nicht abzusehen.
Wir wollen unsere Betroffenheit und
unser Mitgefühl mit Mahnwachen
kundtun. **Wir verbinden damit auch
die Hoffnung, dass in der Schwe-
izer Energiepolitik ein Umdenken
einsetzt!**

Mahnwachen (meist durch Green-
peace organisiert) finden bis auf wei-
teres täglich, jeden Abend zwischen
18.00 und 20.00 Uhr, z.B. in folgen-
den Schweizer Städten statt:

- Basel, auf dem Münsterplatz,
- Bern, Waisenhausplatz
- Zürich, Pestalozziwiese,
- Winterthur, Oberer Graben,
- Aarau, Regierungsplatz,
- St. Gallen, Bärenplatz.

Weitere Infos und Organisatoren:
mobilisierung@greenpeace.ch;
nwa-ag.ch; energiewende-jetzt.ch

Achtung!

Bitte **sofort** alle voll- oder auch nur teilweise ausgefüllten Unterschriften-Bogen der Initiative
«**Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen**» dem Komitee zustellen!
(«Marche Blanche», Postfach 1122, 1001 Lausanne) Die Unterschriften müssen durch das Komitee noch beglaubigt werden,
was 2 bis 3 Wochen beansprucht. **Die Eidgenössische Volksinitiative muss dann
bis spätestens 20. April 2011 in Bern eingereicht werden!** www.marche-blanche.ch, Tel. 022 360 02 43.

Achtung!

Eidg. Volksinitiative «Schutz vor Rasern»

Tel. 044 737 48 29

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Baselbieter Landratswahlen.
Entgegennahme der laufend
eingehenden **Wahlergebnisse
im Regierungsgebäude** (Rat-
hausstrasse 2) in Liestal am Sonntag,
27. März, spätnachmittags. Ab 17 Uhr
treffen wir uns dann in der «Sportbar»
(Essen möglich!) gleich neben dem
Regierungsgebäude (Rheinstrasse 4).
Unsere Spitzenkandidaten sind alle da!



Bezirk Baden und Umgebung:
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.

Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.
Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-
stag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck im
Rest. «Bahnhof Süd» in Büm-
pliz-Süd (Restaurant ist un-
mittelbar beim Bahnhof). Je-
den letzten Dienstag im Monat ab
20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden 1.
Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülfingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr
(bei einem Feiertag eine Woche spä-
ter).



Kantonalsektion St. Gallen:
In einem Saal des Restaurant
Dufour am östlichen Ende des
St. Galler Hauptbahnhofs fin-
det am 30. März, ab 19.30 Uhr, der
nächste Stamm statt. Am 2. April
führen wir die diesjährige Hauptver-

sammlung in St. Margrethen durch
(siehe persönliche Einladung oder
Info über 079 639 06 07, abends).



Luzern-Innerschweiz:
Stamm im Rest. «Listrig» in
Emmenbrücke. Jeden 2. Mon-
tag im Monat ab 20.00 Uhr.

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am
1. Montag des Monats Stamm ab 20
Uhr. Jetzt **neu in der «Sportbar»** an
der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir
sind alles Junge!

Junge Stimme

Die Utopie der politisch neutralen Lehrer!

Während meiner bis heute dreieinhalb-jährigen Schulzeit am Gymnasium habe ich viel gelernt: Ich kann nun die Preiselastizität von Salz berechnen, kenne den Unterschied zwischen Säuren und Basen und bin ein Goethe-Spezialist. Eine gewonnene Erkenntnis aus meiner Mittelschulzeit ist jedoch um einiges wertvoller als all dieses Wissen und wird meine politischen Ansichten für den Rest meines Lebens beeinflussen: **Die politische Neutralität der Mittelschullehrer im Unterricht ist eine Utopie!**

Egal ob Feminismus, Sozialismus oder Umweltschutz, es gibt kein politisches Thema, keine umstrittene Meinung, die nicht in den Unterricht eingebaut wird, um Schüler zu beeinflussen. Und das Traurige an der Geschichte ist, dass es bei den meisten meiner Schulkollegen bestens funktioniert. Hier einige Einblicke in meinen Schulalltag:

In der ersten Lektion haben wir Geographie. Wir schauen den Film «Eine unbequeme Wahrheit» von Al Gore. Ein Film, welcher sich für den Umweltschutz einsetzt und vor der globalen Erwärmung warnt. Grossartig! Die Klasse ist in Ekstase, endlich jemand der sich für diese Anliegen konsequent ein-

setzt. Der Einwand, dass Al Gore im Film unbewiesene Thesen aufstellt und Grafiken zu seinen Gunsten verfälscht, wird vom Lehrer als unwichtig dargestellt. Schliesslich kämpfe Al Gore für die «richtige» Sache.

Danach steht Spanisch auf dem Stundenplan. Die Lehrerin kündigt eine Diskussion über unseren letzten Aufsatz an. Das Thema (Sollen Karrierefrauen Kinder haben oder nicht?) ist ein politisch sehr heikles und dementsprechend hat unsere (sozialistische und feministische) Lehrerin auch nach Präferenzen gewertet. Wer in seiner Erörterung die Frage verneint hat, kommt (egal wie gut die Argumentation ist) höchstens noch auf eine 4, auch wenn der Aufsatz stilistisch perfekt ist. Die Lehrerin sagt nämlich, dass arbeitende Frauen natürlich Kinder haben dürfen. Im Aufsatzthema stand aber eindeutig «**Karrierefrauen**». Natürlich wird die einseitige Notenverteilung abgestritten, aber ein Blick auf die Noten beweist ganz klar etwas anderes.

Nach dem Mittag heisst es: Ab in den Deutschunterricht! Wer gedacht hat, ich als Rechter, hätte bereits schwierige Lektionen hinter mir, wird überrascht sein zu hören,

dass meine wahre Hölle noch vor mir liegt. Ich komme ins Klassenzimmer, unter dem strengen Blick meiner Lehrerin. Sie ist eine Sozialistin anfangs der Fünfziger, die keine Gelegenheit auslässt, über Männer und generell andersdenkende Menschen herzuziehen und ihre Verachtung deutlich zu machen. Im Unterricht reden wir dann über die «grossartigen» Frühsozialisten des Jungen Deutschlands und die «bösen» Rechten. Als wir zum Administrativen kommen, erklärt uns die Lehrerin, dass wir (obwohl es nirgends im Regelwerk der Kantonalen Maturitätskommission steht) für unsere sechs Werke, welche wir für die mündliche Matur wählen, mindestens eine Frau als Autor haben müsste. Ich rege mich zwar darüber auf, mache meinem Ärger aber keine Luft, weil es ja doch keinen Sinn hat. Als ich jedoch einige Wochen später erfahre, dass meine

Kollegin sechs Werke von Frauen wählen darf, ohne einen männlichen Autor auf der Liste zu haben, denke ich mir: Tja, so ist das Leben hier am Gymnasium!

Als Nicht-Linker muss man viel einstecken können, denn dies sind nur einige Erlebnisse aus meinem Schulalltag. Es sind die unseriösen Beeinflussungen, die man von den Lehrern im Unterricht ertragen muss. Die Politik muss in unserem Bildungssystem intervenieren, denn alle Schüler haben **das Recht auf eine politisch neutrale Ausbildung, bzw. Benotung**. Ein Vorschlag wäre z.B. dass Aufsätze von zwei Lehrern korrigiert werden oder dass eine Liste mit «Tabuthemen» erstellt wird. Es liegt an uns allen, konstruktive Lösungsvorschläge zu kreieren, damit die Utopie der Neutralität der Lehrer zuletzt Realität wird!

Patrick Berger, Gymnasiast



Nicht nur lernen ist angesagt – leider oft auch Gleichschaltung Richtung links...

Moslemische Friedhöfe werden unsere Landschaft verändern...

...sie sind eindeutig rassistisch, ja das Gegenteil von integrativ!

Muslime sind äusserst geschickt in ihren Reden und mit ihren Argumenten. So meinte Hisham Maizar, der Präsident der Dachorganisation islamischer Gemeinden der Ostschweiz, zum Verlangen nach moslemischen Friedhöfen, in den Medien: «Wer entsprechend der Gepflogenheiten seiner Religion beerdigt wird, geht leichter in den Tod! Moslemische Grabfelder sollen entstehen und noch einmal gibt der gewiegte Moslempräsident einen drauf und meint: «Mit moslemischen Grabfeldern sei ein wichtiger Schritt für die Integration gemacht...» Auf die äusserst zarte Frage von Markus Wehrli nach den «besonderen, islamischen Regeln für Beerdigungen» meint der Moslem-Präsident, da sei

die Ausrichtung gegen Mekka und die Vorschrift, dass Muslime getrennt von anderen Gläubigen beerdigt werden müssen...

Soviel Fehlinformation in einem so kurzen Interview kann nur einem äusserst redegewandten Moslem gelingen! Da wäre zunächst einmal das schön klingende Argument der Integration. Alle Menschen in unserem Land fanden bisher Platz auf unseren Friedhöfen, Katholiken, Reformierte, Atheisten und viele andere Religionen. Das Grab hat eine Normbreite und kann von den Angehörigen gestaltet werden, wie es den Menschen passt.

Nach 20 und mehr Jahren werden die Gräber geräumt und so wird Platz für andere geschaffen. So haben die Friedhöfe während Jahrzehnten und Jahrhunderten im-

mer gereicht! Doch die Muslimen verlangen breitere Gräber, zudem müssen sie nach Mekka ausgerichtet sein. Ein Abräumen nach vielen Jahren kommt nicht in Frage, die Gräber müssen ewig bestehen; d.h. immer mehr moslemische Grabfelder werden unsere Landschaft zieren und prägen! Wer glaubt, das sei dann gleich, wie bei christlichen Friedhöfen, täuscht sich gewaltig! Das ganz dicke Ende dieses Interviews aber ist die Antwort betreffend «Separierung»! In Tat und Wahrheit verlangt der Islam, dass verstorbene Muslime in «reiner Erde» bestattet werden! «Reine Erde» heisst, es dürfen darin keine Ungläubigen (Christen!) je gelegen haben. Grössere Städte, die moslemische Grabfelder eingerichtet haben, mussten die «unreine Erde» zwei Meter tief abgraben, ab-

transportieren und «reine Erde» ankarren. Das ist doch Rassismus pur und hat mit Integration überhaupt nichts, aber auch gar nichts zu tun! Es sind Friedhof-Fälle bekannt, wo die «unreine Erde» mit Teilen von Gebeinen in einer Kiesgrube «entsorgt» wurden! Damit das dumme Volk nicht realisiert, was wirklich in diesen Friedhöfen abläuft, wurden die Parzellen während dem «Umbau» mit grossen Zelten überdacht! Die moslemischen, rassistischen Forderungen gehen aber noch weiter: Weil für Muslime das Kreuz und der Kreuzestod Christi ein Fluch ist und sie die Erlösung der Menschen hasserfüllt leugnen, dürfen in der Sichtweite von moslemischen Bestattungen keine Kreuze sichtbar sein; das alles muss baulich einbezogen werden... *SD Thurgau*

Kanton Zürich

Aktuelles aus dem Gemeinderat der Stadt Zürich

Votum von Christoph Spiess (SD) vom 16. März 2011; Budgetpostulat der SD, Stabilisierung der Gesamtstellenzahl

Frau Präsidentin
Geschätzte Ratskolleginnen und
Ratskollegen

Seit vielen Jahren müssen wir mit zunehmendem Missfallen zur Kenntnis nehmen, dass die Gesamtzahl der Stellenwerte bei der Stadtverwaltung und den Gemeindebetrieben rasant zunimmt. Auch dieses Jahr sollen wieder rund 400 zusätzliche Stellen budgetiert werden. Gerade weil wir möchten, dass die Stadt Zürich eine vorbildliche Arbeitgeberin bleibt, die ihren Angestellten gute Arbeitsbedingungen bietet, können wir dem nicht länger zustimmen. Irgendwann wird die solchermassen aufgeblähte Verwaltung nicht mehr finanzierbar sein. Es droht ein strukturelles Defizit im städtischen Haushalt, das kaum mehr beseitigt werden kann. Natürlich sehen wir, dass das übergeordnete Recht den Gemeinden immer mehr Vollzugsaufgaben aufzwingt, für die es zusätzliches Personal braucht. Zunehmende Probleme im Sicherheitsbereich machen eine Aufstockung des Polizeikorps nötig. Wenn ganze Quartiere neu aus dem Boden gestampft werden,

muss das öffentliche Verkehrsnetz ausgebaut werden, und das geht nicht ohne mehr Buschauffeure, Tramführer, Handwerker und Verwaltungsangestellte bei den VBZ. Gerade hier stellt sich aber die Frage, ob wir nicht grundsätzlich auf dem Holzweg sind. Hinter der Wachstumspolitik, die immer noch mehr Menschen und noch mehr Arbeitsplätze in unsere Stadt bringen will, steckt der Irrglaube, einem Gemeinwesen gehe es um so besser, je grösser es sei.

Der Stadtrat freut sich über die zusätzlichen Steuereinnahmen, die anfallen, wenn die neuen Quartiere sich mit Menschen und Unternehmungen füllen. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere zeigt sich beispielsweise darin, dass auch die Stadtverwaltung und die Gemeindebetriebe wachsen und entsprechend teurer werden. Daneben werden horrenden Investitionsausgaben nötig. Bei den Zuzüglern handelt es sich immer öfter um Angestellte internationaler Konzerne, die von Land zu Land vagabundieren und überall, wo sie ein paar Jährchen bleiben, hohe Ansprüche an die öffentliche Infrastruktur stellen. Die müssen

wir nachher, wenn diese «Wirtschaftsziigeuner» längst wieder weg sind und die heutigen sogenannten «Entwicklungsgebiete» langsam zu Sanierungsgebieten werden, auf unabsehbare Zeit mit grossem finanziellem Aufwand unterhalten. Es wäre Zeit für einen Marschhalt. **Vielleicht brächte uns etwas mehr Bescheidenheit und ein Verzicht auf Wachstum längerfristig mehr**, und das nicht nur in pekuniärer Hinsicht, sondern vor allem beim Wohlbefinden der Menschen, die sich wegen der Übervölkerung nicht nur der Stadt, sondern des ganzen Grossraums Zürich immer mehr auf den Füssen herumstehen. Es mag sein, dass ein Stellenausbau bei der Stadt auch ohne Wachstumsstrategie manchmal wirklich nötig ist.

Daneben gibt es aber zweifellos auch Aufgaben, die wegen Gesetzesänderungen, technischen Entwicklungen usw. irgendwann wegfallen oder weniger Personal beanspruchen. Über alles gesehen sollte es bei einem Personalbestand von rund 20'000 Stellenwerten mittel- bis langfristig möglich sein, ein Stellenwachstum bei gewissen Abteilungen auch unter

voller Wahrung der sozialen Verantwortung eines guten Arbeitgebers mit einem Abbau an anderen Orten auszugleichen. Das ist, wie gesagt, zur Vermeidung einer strukturellen Schiefelage der Stadtkasse zwingend nötig. Wir Schweizer Demokraten danken Ihnen für die Unterstützung des Postulats.

Hinweise:

Die SVP schlug uns eine Änderung vor, wonach eine Reduktion des Personalbestandes anzustreben wäre. Dies lehnte Christoph Spiess (SD) namens der Postulanten ab: «In absehbarer Zeit ist leider weder eine Abnahme der Bevölkerungszahl noch eine Entlastung der Gemeinden von Vollzugsaufgaben zu erwarten. Was die SVP will, läuft also darauf hinaus, die städtischen Angestellten vermehrt «auszupressen», und gleichzeitig will man ihnen ja auch noch die Löhne drücken. Das ist überhaupt nicht in unserem Sinn. Wir sind nicht bereit, das Postulat im Sinne des Textänderungsantrages der SVP-Fraktion abzuändern.»

Das Postulat wurde mit 79 gegen 43 Stimmen gutgeheissen.

SD auch in den Zürcher Landbezirken aktiv

(csz.) ...wenn auch leider nur in vier Wahlkreisen (Dietikon, Affoltern a.A., Uster, Winterthur-Stadt). Chancen bestehen hier am ehesten im Bezirk Uster, wo als Spitzenkandidat der weitherum bekannte Ustermer SD-Gemeinderat Werner Kessler antritt. Von den Schweizer Demokraten wird seit Kurzem überall gesprochen, weil allerlei selbst ernannte «Gutmenschen» und die überflüssige «Eidg. Kommission gegen Rassismus» sich über ein SD-Flugblatt mit einem Kreuzworträtsel aufregen, zu dessen Lösung u.a. das althergebrachte deutsche Wort «Neger» gehört. Ein paar ganz fanatische Sprachmanipulatoren – selber übrigens gar keine Neger – rannten sogar zur Staatsanwaltschaft und verlangten, man müsse gegen uns Schweizer Demokraten ein Strafverfahren einleiten. Das warten wir nun gelassen ab, denn von dem, was wir gesagt und geschrieben

haben, ist kein Buchstaben strafbar. Also wird es auch kein Verfahren geben, auch wenn Herr Kreis vor Wut zu «Monsieur Ellipse» wird...

Nachstehend die Kandidatenlisten für die Wahlkreise ausserhalb der Stadt Zürich:

Bezirk Dietikon

- 1./2. **Wahl Roland**, 1963, Reisezugbegleiter
- 3./4. Freitag Roger, 1966, Lokführer
- 5./6. Forer Davide, 1968, Zugchef SBB
- 7./8. Weidmann Ida, 1934, Hausfrau
- 9./10. Weidmann Julius, 1932, Rentner
11. Grob Thomas, 1966, kaufm. Angestellter

**Bezirk Affoltern**

- 1./6. Meier Jonas, 1978, Landschaftsgärtner
- 2./4. Ernst Sonja, 1977, kaufm. Angestellte
- 3./5. Joss Nicola, 1992, Logistiker EFZ (in Ausbildung)

Bezirk Uster (16 Sitze)

- 1./2. **Kessler Werner**, 1950, Unternehmer
- 3./4. Baumann Martin, 1975, Pflegemitarbeiter
- 5./6. Cafilisch Elisabeth, 1951, kaufm. Angestellte
7. Jäggi Peter, 1944, Verwaltungsbeamter
8. Fischer Hansruedi, 1980, Zimmermann
9. Peter Rolf-Erich, 1951, Rentner



10. Müller Walter-Eduard, 1951, pens. Maschinenkonstrukteur
11. Knecht Bruno, 1951, Metallbauschlosser
12. Furrer Thomas, 1971, Verkaufsleiter

Stadt Winterthur (13 Sitze)

- 1./2. **Walker Manuel**, 1981, Sachbearbeiter
- 3./4. Stutz Marcel, 1949, eidg. dipl. Elektroinstallateur
- 5./6. Schwendimann Kurt, 1955, Instr. Maschinenteknik
- 7./8. Gugger Leo, 1950, Postangestellter
- 9./10. Gloor Bruno, 1977, Fachmann für Sicherheit und Bewachung FSB
- 11./12. Tröster Lilian, 1990, Malerin



Jetzt erst recht!

In einem Flugblatt kritisieren wir Schweizer Demokraten, dass in der Schweiz immer mehr fremde, mit unserer Lebensweise nicht vereinbare Kulturen überhand nehmen. Darin kommt auch das Wort «Neger» vor, mit dem Hinweis, dass es diesen – genau wie uns auch – am wohlsten ist, wenn sie in ihrer Heimat bleiben. Und schon geht der

darf sich dagegen wehren, wie das seit ewigen Zeiten alle Völker getan haben, die nicht untergehen wollten. Bei uns in der Schweiz haben leider Jahrzehnte des Wohlstandes die natürliche Beziehung vieler Menschen zu ihrer Heimat verkümmern lassen. Doch in den letzten Jahren wendet sich das Blatt. Das dekadente «Gutmenschen-tum» wird zurückgedrängt. Immer mehr Menschen sehen ein, dass die Einbettung in eine nationale Gemeinschaft wichtiger ist als die hemmungslose «Selbstverwirklichung» jedes Einzelnen. Die SchweizerInnen haben genug vom tränendrüsenschwangeren Gejammer derjenigen, die ungeachtet der verheerenden Übervölkerung und Überfremdung auch den frechsten illegalen Einschleichern ein Verbleiben im Land ermöglichen wollen.

Terror der selbsternannten Gutmenschen

los. Die fanatischen Anhänger einer sogenannten «multikulturellen Gesellschaft» fühlen sich gegenüber uns normalen Eidgenossen als etwas moralisch Besseres. Das berechtigt sie offenbar, z.B. einem Gemeinderat der Schweizer Demokraten so primitive Beschimpfungen und Drohungen zu schicken, dass es unmöglich ist, diese hier zu wiederholen. Und das wegen eines einzigen Wortes, das seit eh und je zum normalen deutschen Wortschatz gehört und auch hochhoffiziell im Duden steht! Wegen eines Wortes, das nichts anderes bedeutet als «schwarz»...

Widerstand gegen die fremdkulturelle Kolonisierung

Jedes Volk auf der Welt hat ein Recht auf seine Heimat. Es muss nicht hinnehmen, dass diese von kulturell völlig fremden Menschenmassen kolonisiert wird. Es

Gegenangriff der Schweiz-Hasser

Das merken natürlich auch Journalisten, die noch immer internationalistischen Ideen nachträumen. Also rennen sie zusammen mit der (vom Steuerzahler finanzierten) «Eidg. Kommission gegen Rassismus» zur Oberstaatsanwaltschaft des Kantons Zürich und verlangen, dass diese gegen uns wegen des erwähnten Flugblatts ein Strafverfahren wegen sogenannter «Rassendiskriminierung» einleite. Und tatsächlich: Die Oberstaatsan-



wälte machen brav «Männchen» und lassen prompt durch eine Sekretärin verkünden, man «prüfe intern», ob ein Verstoß gegen das «Antirassismus-Gesetz» vorliege. Hoch bezahlte Chefbeamte, die eigentlich Verbrechern nachspüren sollten, sinnieren nun also darüber nach, ob man noch «Neger» sagen darf oder ob uns jetzt die normale deutsche Sprache verboten werden soll! Das ist schlicht lächerlich.

weiss, dass sich nur strafbar macht, wer Menschen anderer Rasse die Menschenwürde abspricht – was uns Schweizer Demokraten genau so wenig einfallen würde wie Ihnen, geschätzte LeserInnen! Wir lassen uns nicht gefallen, dass ein paar Chefbeamte uns zu kriminalisieren versuchen, und wir lassen uns auch nicht einschüchtern: **Jetzt erst recht national, umweltbewusst und sozial – Liste 10, Schweizer Demokraten!**

Keine Angst!

Jeder Jura-Student im 3. Semester

SD der Stadt Zürich

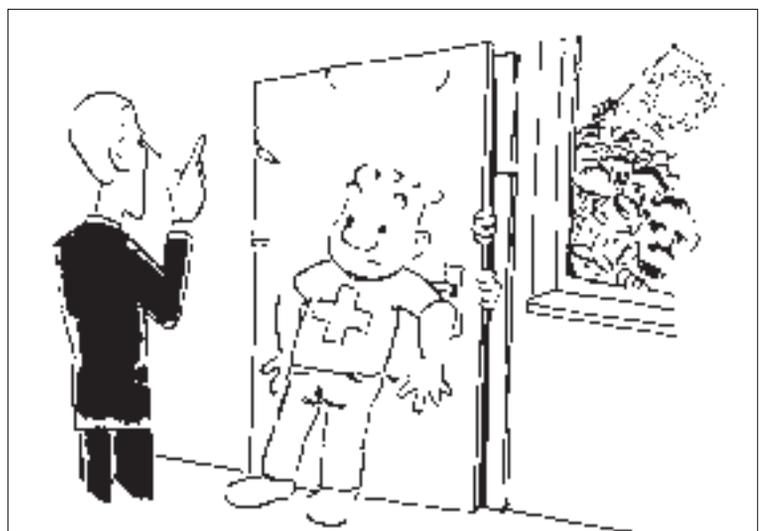
Nicht die Faust im Sack machen, sondern ...

- ▶ **Masseneinwanderung und Übervölkerung stoppen**
- ▶ **Natur und Landschaft schützen statt zubetonieren**
- ▶ **Soziale Sicherheit für Schweizer statt Selbstbedienungsladen für Zuwanderer aus aller Welt**
- ▶ **Vorrang für Schweizer bei Wohnungen und Arbeitsstellen**
- ▶ **Existenzsichernde Löhne für alle statt Milliardenprofite für wenige**
- ▶ **Kündigung der EU-Einmischungsverträge**
- ▶ **Verbrecher nicht hätscheln, sondern hart bestrafen**
- ▶ **Islamisierung und Drittweltisierung stoppen**
- ▶ **schweizerisch geprägtes, weisses Zürich erhalten**
- ▶ **Vorrang der schweizerischen, demokratisch beschlossenen Gesetze vor dem fremdbestimmten «Völkerrecht»**

... jetzt eine neue Kraft in den Kantonsrat wählen!

So finden Sie die Lösung, damit es nicht so weitergeht wie bisher:

- Der europäische Kontinent ist die Heimat der _____
- Davon wird immer mehr zubetoniert.
- Er wurde zum Glück 1992 abgelehnt.
- Indem Sie wählen gehen, können Sie manches _____
- Am wohlsten fühlt sich der Mensch in seiner _____
- Fast überall, wo er herrscht, werden Frauen benachteiligt.
- Es ist auch für sie besser, auf ihrem Kontinent zu bleiben.
- Sie müssen wir schützen, wenn wir überleben wollen!



Als Einziger hält ein Sympathisant der Schweizer Demokraten dagegen...

**Kanton Aargau**

Grosser Rat Aargau

Sicherheit der Kernkraftwerke im Kanton Aargau**Interpellation René Kunz, SD, Reinach, vom 15. März 2011**

Beim Furcht erregenden Erdbeben in Japan sind Kernkraftwerke folgenswer beschädigt worden. Verschiedene Medien haben am 13. März 2011 übereinstimmend berichtet, dass im Fukushima-Reaktor bis zu 160 Personen einer radioaktiven Strahlung ausgesetzt sein könnten. Eine ähnliche atomare Katastrophe kann auch im Kanton Aargau nicht ausgeschlossen werden.

Auf Grund der Tatsache, dass unsere Kernkraftwerke in unmittelbarer Nähe der Oberrheinischen Verwerfung (Erdmantelschwächung) liegen, bitte ich den Regierungsrat die folgenden Fragen detailliert und immer spezifisch zu beantworten:

1. Wie wurde die Erdbebensicherheit solcher Anlagen bei ihrem Bau genau definiert?

2. Wurden seit dem Bau der Anlagen je wieder geologische Profile des Untergrundes erstellt? Wenn ja, wurden diese Profile von unabhängiger Seite durchgeführt und durch wen? Wenn nein, warum nicht?

3. Wie viel Zeit vergeht bei einem Störfall eines Reaktors bis zur Abschaltung (automatisch oder manuell)?

4. Wie viel Zeit vergeht während der Abschaltung und des Herunterkühlens des Reaktors, bis eine Kernschmelze verhindert werden kann?

5. Sind während eines Stromausfalles während einer Notabschaltung Diesel-Notfall-Aggregate oder Batterie-Anlagen vorhanden und in welchen Intervallen werden sie



Ist der Bau eines neuen Kernkraftwerkes im Kanton Aargau noch opportun?

getestet? Wie sieht es mit der Abkühlzeit aus?

6. Ist der Regierungsrat für ein neues Kernkraftwerk im Kanton Aargau? Wenn ja, wo? Bitte beide Fragen genau begründen!

7. Kann der Regierungsrat mit gutem Gewissen eine atomare Katastrophe – wie jetzt bei Kernkraftwerken in Japan geschehen – ausschliessen. Wenn ja, woher nimmt er die Gewissheit?

8. Kann sich der Regierungsrat einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie vorstellen? Wenn nein, warum nicht?

Über die Antwort des Aargauer Regierungsrates werden wir Sie im «Schweizer Demokrat» erneut informieren.

«Club Helvétique» – eine grausam verlogene Bezeichnung!

Bei diesem wohlklingenden Namen denkt man vordergründig an etwas wunderbar patriotisches und demokratisch Abgestütztes.

In Tat und Wahrheit stecken jedoch die beiden bekannten, am äussersten linken Rand politisierenden Exponenten, Nationalrat Andreas Gross (SP) und Prof. Georg Kreis, Präsident der «Eidg. Kommission gegen Rassismus», an vorderster Front.

Anzeige

Das Testament**Die letztwillige Verfügung**

Liebe Mitglieder, Gömmer und Sympathisanten

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

Schweizer Demokraten
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Ein spontaner Gedanke an das Märchen vom Rotkäppchen und dem bösen Wolf, welcher sich zur Tarnung als Grossmutter verkleidet und in deren Bett gelegt hatte, kommt einem dabei unweigerlich in den Sinn...

Denn bei diesen beiden Politikern haben wir es gleich mit zwei in «Grossmutter Schafspelz» verkleideten Ungeistern zu tun. Gründe dafür gibts Unzählige: Beide tun dergleichen, dass ihnen unsere Direkte Demokratie wichtig sei und am Herzen liege. Gleichzeitig aber bekennen sie sich ganz klar und eindeutig dazu, dass sie im «juristischen Zweifelsfall» den Entscheid über die Gültigkeit einer Volksinitiative viel lieber der Europäischen Menschenrechtskonvention – über den Schweizerischen Rechtsstaat hinweg – überlassen wollen.

Nach dem Motto: Die zentralistische Macht ist unfehlbar und hat immer recht, Punkt.

Der «Club Helvétique» wurde mit dem obersten Ziel gegründet, den direkt-demokratischen Abstimmungsentscheid zum Verbot von weiteren Minaretten in der Schweiz umzustossen.

Nationalrat Gross behauptet zwar, er akzeptiere diesen Volksent-

scheid, was ihm natürlich niemand glaubt.

Sein Hauptargument: Eine Mehrheit des Volkes könne doch nicht über eine Minderheit bestimmen. Herr Gross hat in diesem Zusammenhang den Ernst der Bedrohungslage durch den Radikal-Islamismus nicht erkannt, oder will ihn nicht erkennen.

Wenn bereits heute rund 400 000 Muslime in der Schweiz leben, so ist das ein Vielfaches des jüdischen Bevölkerungsanteils in der Schweiz. Jüdische Frauen müssen immerhin keinen Tschador und keine Burka tragen und nicht ständig in der Angst leben, geschlagen zu werden. Vor dem Gebet in der Synagoge braucht es – im Gegensatz zu den Muslimen – keinen Muezzin der öffentlich zusammenruft. Muslime leben häufig in geschlossenen Gesellschaften. Diese Masse bereitet berechnete Angst!

Herr Gross irrt, wenn er behauptet, Minarette seien für die Ausübung des muslimischen Glaubens notwendig, das Gegenteil ist der Fall! Das Errichten eines Minaretts ist folglich absolut KEIN elementares Menschenrecht!

Wenn in der Schweiz Vermummungsverbote bestehen, dann

muss man sich fragen, weshalb denn Vollverschleierungen (Burkas) in der Schweiz noch immer toleriert werden, dies wohlverstanden bei steigender Tendenz (?).

Herr Gross und Herr Kreis sollten endlich ihre widersprüchlichen Äusserungen als solche erkennen und ihren unbändigen Drang nach «politischer Korrektheit» auf «mensenrechtliche Entwicklungsländer» konzentrieren, in denen Todesstrafen – und Folterverbote noch ein Fremdwort sind.

Es ist nicht nur äusserst bedenklich, sondern ebenso verwerflich, dass nun der «Club Helvétique», zusammen mit seinen «Trabanten» Amnesty International, «Friedensrat», Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz, Humanrights, und Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, versucht, mittels eines Volksbegehrens (Unterschriftensammlung) die internationalen Menschenrechte gegen unsere Direkte Demokratie auszuspielen, bzw. die linke juristische Spitzfindigkeit aufs Schweizerische Initiativ- und Referendumsrecht aufzuzetzen!

*Marcus Stoercklé jun.,
Basel*



Les absurdités du Conseil fédéral

Mme Calmy-Rey attaque et protège Kadhafi en même temps

La Suisse doit arrêter de protéger Kadhafi. En juin 2010, le président du MCG Eric Stauffer avait déposé une plainte pénale sous forme de dénonciation à l'encontre de ce personnage pour la prise d'otage de deux citoyens suisses.

Nous venons d'apprendre par les médias que la conseillère fédérale Micheline Calmy-Rey accepte enfin que l'on puisse traduire en justice

M. Kadhafi. Combien de morts et de sang a-t-il fallu?

Il est paradoxal que la même fédérale conseillère, Mme Calmy-Rey Micheline, ne fasse pas retirer la plainte contre Eric Stauffer accusé d'outrage à chef d'Etat étranger, en l'occurrence Mouammar Kadhafi.

Le MCG une fois de plus s'est mon-

tré visionnaire, en mettant en cause un despote sanguinaire qui a obtenu des appuis inacceptables pendant trop longtemps de la part des autorités suisses. Pour les familles des victimes, la complaisance et le zèle indécent du Gouvernement suisse sont insupportables.

*François Baertschi,
secrétaire général du MCG*

Félicitations au Mouvement des Citoyens Genevois!

*Mesdames, Messieurs,
Chers compatriotes,*

Vos activités politiques ont porté leurs fruits. Vous êtes parvenus à vous implanter largement dans les communes genevoises. Chapeau!

Le MCG appelle les problèmes de notre temps par leur nom. Votre mouvement ne fait pas une politique «populiste», mais bien une politique proche des préoccupations des citoyens, des salariés, des jeunes, des retraités, des petits patrons et de bien d'autres groupes sociaux encore. Continuez la lutte à tous les niveaux politiques!

Avec nos salutations patriotiques, Démocrates Suisses (DS)

Au nom de la Direction:

*Markus Borner,
vice-président DS*

*Bernhard Hess,
secrétaire général DS*

Communiqué de presse du MCG du 17 juin 2010

Affaire Kadhafi: Le président du MCG porte plainte pénale

La Libye doit cesser sans délai de prendre la Suisse pour un paillason!

Une plainte pénale, sous forme de dénonciation, sera déposée demain auprès du Procureur général de la République et canton de Genève, ainsi qu'au Ministère public de la Confédération. Nous nous fondons sur l'article 185 CPS (Code pénal suisse), chapitre 5.

Nous avons été choqués d'apprendre que la Confédération suisse a versé 1,5 millions de francs afin de faciliter la libération de l'otage suisse retenu en Libye. Cela équivaut tout le monde l'aura compris à une rançon.

La conseillère fédérale Micheline Calmy-Rey a utilisé, à répétition reprises, le terme d'otage. Ce qui ne laisse aucune ambiguïté sur le fait que le Guide suprême Mouammar Kadhafi a bel et bien réalisé une prise d'otage avec demande de rançon envers des ressortissants suisses.

Nous n'avons pas besoin d'un tribunal arbitral international pour poursuivre des terroristes preneurs d'otages, puisque les dispositions du code pénal suisse prévoient ce genre de crime, allant jusqu'à la réclusion à perpétuité.

En tant que président du MCG



(Mouvement Citoyens Genevois) et du MCR (Mouvement Citoyens Romands), et en ma qualité d' élu au Grand Conseil genevois, je dépose demain une plainte pénale sous la forme d'une dénonciation, telle que le prévoit le Code pénal suisse contre MM. Mouammar et Hannibal Kadhafi pour menaces, prises d'otage avec demande de rançon, chantage.

La Suisse n'a pas à s'aplatir

Je me suis aperçu avec effroi qu'aucune procédure pénale n'avait été ouverte, en Suisse, contre les Kadhafi pour ces graves violations aux dispositions pénales. La Suisse n'a

pas, pour des raisons économiques, à s'aplatir devant un Etat terroriste qui pratique encore l'enlèvement de personnes au seul motif de leur nationalité. Le temps des barbares est révolu. L'honneur et le droit doivent triompher.

Attendu qu'aucun parti gouvernemental cantonal ou fédéral, aucune autorité cantonale ou fédérale n'a jugé utile de poursuivre respectivement d'ouvrir une information pénale d'office pour les faits mentionnés ci-dessus, j'ai décidé d'agir.

Depuis une vingtaine d'années, la Suisse se bat pour rétablir une place bancaire purgée de tous les montants provenant de toutes les activités criminelles. Notre pays a fourni un effort considérable pour moraliser la place financière.

La Suisse se couche devant les milliards libyens

Dès lors, que dire lorsque nous avons affaire à des Etats terroristes ayant fait des ressources naturelles de leur pays un «business family». En raison de leurs gigantesques moyens financiers, peuvent-ils faire la loi en Suisse et imposer des valeurs inacceptables comme la prise d'otage? Que dire d'un Etat où la démocratie est la règle comme la Confédération helvétique qui se couche devant des exigences humiliantes et inacceptables.

Nous avons bien compris que le tribunal arbitral international, demandé et obtenu par la Libye, devait faire abstraction totale de la prise d'otage.

Dont acte. Il est donc du devoir de nous Suisses, de poursuivre la prise d'otage avec demande de rançon mais également les menaces que notre pays a reçues.

*Eric Stauffer, président du
Mouvement Citoyens Genevois*



1,5 millions versés par le Conseil fédéral à Kadhafi

Les lèche-babouches aux langues rouges

Le Conseil fédéral a versé 1,5 millions de francs sur un compte libyen d'Hannibal Kadhafi, selon la Tribune de Genève. Au même moment, le même Conseil fédéral attaquait le président du MCG, Eric Stauffer, pour outrage à Mouammar Kadhafi, avec la complicité scandaleuse et avec une part très active du Gouvernement genevois.

Nous apprenons aujourd'hui que le Conseil fédéral a versé 1'500'000 francs à une brute dégénérée, fils d'un dictateur sanguinaire.

Le même Conseil fédéral, simultanément, poursuit docilement Eric Stauffer sur ordre du monstre de Tripoli. Eric Stauffer, soit l'homme qui a osé dire il y a quelques mois que Mouammar Kadhafi était un sale type. Ce courage, aux yeux des lèche-babouches que sont nos Conseillers fédéraux, mérite la prison.

Les autorités cantonales genevoises ne valent pas mieux. On se souvient tous, lors de l'affaire des affiches de Kadhafi, de la pleutrierie

de François Longchamp, empressé de censurer des panneaux qui contrariaient le despote libyen dont le Conseil d'Etat s'est fait le laquais.

Lèches-babouches affolés, nos Conseillers d'Etat se mettent aux ordres d'un tyran pour porter atteinte à la liberté d'expression d'un parti et d'un élu du peuple.

Les lèche-babouches ont versé de l'argent à une famille de tortionnaires haïssant la Suisse et ont porté atteinte à une liberté fondamentale essentielle, la liberté d'expression.

L'histoire s'en souviendra. Mais l'électeur qui n'a pas encore voté doit aussi s'en souvenir en votant MCG, le mouvement qui s'est fait censurer par les couards qui nous gouvernent, dont la langue est encore colorée du sang maculant les babouches de Mouammar Kadhafi, qui marche dans le sang de son propre peuple et qui a voulu détruire la Suisse.

Solì Pardo, membre du Bureau directeur du MCG

Scandaleuse hausse de 30 % en 5 ans

Bloquons l'arrivée des frontaliers

Nous venons d'apprendre avec consternation que sur ces 5 dernières années, le nombre de frontaliers a augmenté d'une manière substantielle, c'est-à-dire de 30 %, ce qui représente un bouleversement fondamental du marché du travail genevois. Dans le même temps, le nombre de personnes sans emploi (chômeurs, jeunes et personnes de tous âges contraints de recourir à l'aide sociale) a lui aussi explosé. Nos autorités, irresponsables, ont créé une situation de crise sociale que nous ne tolérons plus.

Des frontaliers viennent maintenant de partout: de Marseille, de Corse, de Nantes, et même de pays comme la Belgique. Nous assistons à une destruction de la structure sociale et économique de Genève, avec une hausse dramatique de la misère. On trouvera toujours en Europe quelqu'un de plus qualifié ou de moins payé dans la foule des travailleurs européens. Genève et la Suisse doivent enfin ouvrir les

yeux et arrêter de se moquer des Citoyens de notre pays! Aujourd'hui, nous constatons que le patronat ne fait plus preuve de civisme et mène une politique à courte vue du profit immédiat. Aujourd'hui, il est gagnant mais demain il devra financer les dégâts sociaux par les impôts.

Cela devient indécent. Le MCG est le seul à défendre les résidents genevois contre leur abandon par les autres partis politiques, le patronat et les syndicats.

Il faut résister contre ce mépris à l'encontre des travailleurs genevois, qui peut nous toucher soit nous-mêmes, soit des membres de notre famille, soit des proches. N'oublions pas que les communes genevoises engagent de plus en plus de frontaliers. Le 13 mars les électeurs genevois manifesteront leur opposition à cette politique.

Roger Golay, vice-président du MCG, député et chef du groupe MCG au Grand Conseil

Genève doit arrêter de protéger les criminels!

Quel indécence! Au lieu de repartir dans un cercueil, des criminels lyonnais déposent plainte contre des gendarmes qui ont fait courageusement leur travail: protéger les victimes et les résidents genevois! Le MCG soutient ces policiers qui nous défendent.

Nous avons appris avec effroi qu'un braqueur lyonnais a porté plainte contre deux gendarmes, après avoir mis en danger les habitants de Thônex à une heure de grande affluence et en utilisant des armes de guerre ainsi que de l'explosif. Il y avait des femmes, des enfants, des innocents, qui ont pris les plus grands risques en raison de cet irresponsable qui nous fait regretter les pratiques de certains délinquants d'autrefois.

Cet individu, qui a fait courir de tels risques, ose encore attaquer en justice des policiers. Ceux-ci ont pris sur eux d'intervenir afin de protéger des innocents et ont dû agir

dans des conditions périlleuses. Pour de tels individus, qui mettent en danger sciemment la vie de la population, et, pire, qui s'en sert de bouclier pour dévaliser une banque, il n'y a pas de place à Genève. Toute la rigueur que peut avoir la loi doit s'appliquer contre ce type pervers de banditisme exporté de la région lyonnaise.

En revanche, nous tenons à féliciter et à soutenir les gendarmes qui ont eu le courage d'intervenir dans cette situation difficile et d'agir de manière tout à fait adaptée. C'est leur rôle d'utiliser les armes à feu c'est même leur honneur contre des individus aussi méprisables, qui sont prêts à tuer femmes et enfants. Aucune pitié ne doit être exprimée contre de tels criminels. Genève doit se montrer ferme face à une certaine lâcheté envers les criminels. Si on continue à ce train-là, on enverra les victimes en prison et on chouchouterà les criminels!

Echec de la politique du Conseil d'Etat en matière de sécurité

Le MCG soutient la police genevoise dans sa grève

Les justes revendications des policiers qui se battent contre l'insécurité doivent être écoutées. Le Conseil d'Etat se montre méprisant, ce qui est intolérable. Quant au MCG, il réclame de vrais moyens pour mettre fin à la crise.

Le MCG apporte son plein soutien à la Police genevoise dans la poursuite de la grève. En effet, la situation actuelle n'est plus supportable. La politique menée par la présidente du DSPE, Isabel Rochat, qui est inexpérimentée en la matière, se solde par un grave échec. Avec l'augmentation de l'insécurité dans nos rues, la prolifération des dealers, chacun peut se rendre compte que les belles promesses ne sont pas tenues.

Une politique qui va droit à l'échec

Le Conseil d'Etat a commis une grave erreur en nommant une «bleue» à la tête du Département DSPE en charge de la sécurité et de la police. Le MCG n'est pas dupe et conteste la stratégie de Mme Rochat, qui mandate des experts externes afin de «restructurer» la Police. C'est un leurre, très coûteux par ailleurs! En réalité, la présidente cherche à faire porter le chapeau à l'état-major de la police alors que sa propre incompétence devrait être pointée du doigt. Le MCG donne un conseil gratuit à

la conseillère d'Etat Isabel Rochat (à comparer avec le prix des experts que devront payer les contribuables): il faut donner les moyens à la police d'accomplir la mission qui est la sienne, à savoir **protéger les Citoyens des criminels!** Dans les moyens, il n'y a pas seulement les effectifs mais aussi les infrastructures. On devrait, par exemple, éviter d'agir de manière absurde comme c'est le cas aujourd'hui: on arrête un criminel, ce qui occasionne 3-4 heures de paperasse, et on retrouve le lendemain au même endroit le même criminel, qui a été rapidement libéré et qui commet le même délit.

Le mépris d'une certaine caste politique

Le Conseil d'Etat doit arrêter sa politique de mépris envers la police et envers les citoyens. L'actuelle arrogance d'une certaine caste politique apparaît. Des socialistes, des libéraux et, hélas, même la conseillère d'Etat qui devrait avoir une attitude plus respectueuse, se perdent dans le dénigrement, pour certains d'entre eux même dans l'insulte, comme en témoigne une vidéo reprenant les propos de M. Tornare. C'est indigne.

*Eric Stauffer, président du MCG
François Baertschi,
secrétaire général du MCG*

Leserbriefe**Stoppt Bundesrätin Sommaruga!**

Dem Stimmvolk wurde vor der Abstimmung über das Schengen-Abkommen am 20. Mai 2005 weisgemacht, über Schengen-Drittstaaten eingereiste Asylbewerber könnten dank dem Abkommen in diese Drittstaaten zurückgeschafft werden. Auf Grund dieser Behauptung wurde das Schengen-Abkommen letztlich mit 54,6 % knapp angenommen.

Die Befürworter haben aber die Rechnung ohne Frau Sommaruga gemacht. Griechenland und Italien halten nämlich ihre Verpflichtungen gar nicht ein. Von Griechenland in die Schweiz eingereiste Asylbewerber werden beispielsweise nicht dorthin zurückgeschafft, da die Zustände dort prekär seien, so Sommaruga. Nun sorgt sie sich auch noch fast täglich und mit viel Publizität um Notunterkünfte für Flüchtlinge aus Nordafrika, eilte nach Brüssel, um Vorkehrungen für die Verteilung der von ihr erwarteten Flüchtlingslawine zu besprechen und verkündete dort die

Solidarität der Schweiz. Für die Nordafrikaner ist das eine klare Einladung, in die Schweiz zu kommen. Dabei sind sie in ihren Herkunftsländern nicht mehr gefährdet. Sie wollen einfach im Namen der Menschenrechte die Chance auf einen höheren Lebensstandard nutzen, anstatt mitzuhelfen, ihre Länder wieder aufzubauen. Zudem passen sie nicht in unser Land – Moslems verachten in der Regel Christen als «Ungläubige» – leben aber gerne als Asylanten auf deren Kosten. Auch werden sie mit Sicherheit unsere Kriminalstatistik belasten. Darüber, wie wir diese Flüchtlinge je wieder loswerden und wozu das Schengen-Abkommen eigentlich gut sein soll, macht sich Sommaruga keine Gedanken. Hauptsache, sie kann einigen Parteigenossen, die im Asylgeschäft tätig sind, Arbeit und Verdienst sicherstellen, was einen steten Nachschub an Asylanten oder «Flüchtlingen» voraussetzt.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Von langer Hand geplante Gender-Ideologie

Kürzlich kam mir ein Papier in die Hände eines Vortrages des mittlerweile verstorbenen Dr. Richard Day, welcher National Medical Director der von Rockefeller gesponserten Organisation für geplante Elternschaft war. Er hielt diesen Vortrag vor der Vereinigung Amerikanischer Kinderärzte am 20. März 1969! Es ging bei diesem Vortrag um «The New Order of Barbarism – Die neue Ordnung der Barbarei». Er sprach über den Plan der globalen Elite, welche eine Welt-diktatur etablieren will, die allgemein auch «neue Weltordnung» genannt wird, bestehend aus einer Weltregierung und einer Weltreligion. Ich staunte nicht schlecht, wie wir den menschenverachtenden Zielen der Mächtigen-Weltbeherrscher ein beängstigendes Stück näher gekommen sind. Bei der seit einigen Jahren aufkommenden Gender-Ideologie können wir dies gut erkennen, da wir uns heute mit genau diesen Dingen konfrontiert sehen.

Nun möchte ich dies Ihnen, lieber Leser, anhand des «Gender Mainstreaming» einiges illustrieren. Damals wurde es noch nicht so genannt, was jedoch nichts am Inhalt ändert. Ich zitiere aus der Rede von Dr. Day: «Sex wird völlig von der

Ehe und von der Fortpflanzung getrennt, also die sexuelle Freizügigkeit propagiert, um die Promiskuität zu fördern, damit die Familie und die Ehe zerstört und die Population reduziert wird. Abtreibung, Scheidung und Homosexualität werden als völlig akzeptiert und normal angesehen. Alle Begierden und Neigungen darf man ungehemmt ausleben. Die ganze Gesellschaft wird «sexualisiert» und es findet in der Öffentlichkeit statt. Das eigentliche Ziel ist, den Sex von der Fortpflanzung zu trennen. Die Zeugung der Kinder soll ohne Sex stattfinden; am besten in Fabriken! Konzerne übernehmen diese Aufgabe. Die Grösse der Familie wird limitiert, genau wie in China. Es wird alles gemacht, damit die Familie nicht mehr zusammenbleibt. Die Frauen sollen arbeiten und immer mehr Menschen bleiben alleinstehend. Kinder werden als Babys bereits von der elterlichen Erziehung entfernt und politisch korrekt indoktriniert. Den jungen Mädchen wird als Vorbild nicht mehr die Familie und die Erziehung der Kinder vorgegeben, sondern sie sollen Leistung erbringen und eine «Karriere» verfolgen. Mädchen wird erzählt, sie müssen genau so sein wie Jungs, und um-

gekehrt. Man will den geschlechtslosen Menschen, das Neutrum erzeugen. Frauen sollen maskuline Mode tragen, wie Hosen, und Männer sich immer femininer geben. Stichwort Transsexuelle.»

Wie konnte es dazu kommen, dass vieles von dem, was in diesem Vortrag erwähnt wurde bereits umgesetzt ist? Zu einem gewichtigen Teil haben wir es den Medien zu «verdanken», welche viele unserer Mitbürger zu einer völlig pervertierten «Toleranz» und «politischer Korrektheit» erzogen hat. Schritt für Schritt wird unsere Akzeptanzgrenze für amoralisches Verhalten, Egoismus, ausleben von sexuellen Verirrungen, Freiheits-einschränkungen und «plausible» Gesetze erhöht, ja wir glauben den Rechtfertigungen, die uns mit Propaganda eingetrichtert werden so inbrünstig, dass wir unsere eigene Identität aufgeben und die Versklavung verteidigen. Einen weiteren Grund, welcher mir am meisten zusetzt, ist der, dass wir Christen

es total verschlafen haben, unsere Verantwortung diesbezüglich wahrzunehmen. Weil wir selber keine oder zu wenige heilsame Familienbande, also wahrhaftige Vorbilder in Tat und Wahrheit hervorgebracht haben. Dementsprechend haben wir gleichgültig geschwiegen und nicht von Anfang an den gottfernen Tendenzen der Familienzerstörung widerstanden. Da kann nur noch eine Umkehr helfen, indem wir selber einen vorbildlichen, heilsam disziplinierten Lebenswandel führen als harmonische Ehepaare und Familien. Dazu gehört auch, dass wir die Dinge beim Namen nennen, so wie sie sind und nicht einfach alles in «blinder Nächstenliebe» tolerieren, womöglich noch versteckt unter dem Deckmantel von «politischer Korrektheit». Jeder von uns ist gefragt, seinen Teil beizutragen, damit wir den Himmel auf der Erde erleben dürfen!

*Martin Bracher,
Büsserach*

Milliardenkredit – Rückzahlung = fatale Illusion!

Bei der zusätzlichen 16,5 Milliarden-Dollar-Zahlung der Schweiz an die «Rettung der Euro-Zone» wird irreführend und grobfahrlässig falsch behauptet, es handle sich dabei um keine Spende, sondern um einen Kredit, welcher «marktgerecht» verzinst, zurückbezahlt werde. Zum einen fehlt jedoch ein verbindlicher Termin für die angebliche «Rückzahlung mit Verzinsung». Andererseits ist es leider sicher, und wie ein (menschliches) Gesetz, dass die Gewissheit der Existenz dieser, nun massiv aufgestockten «Rettungsgelder» (von 50 auf 540 Milliarden Dollar) die zum Teil liederlich wirtschaftenden Regierungen und Parlamente diverser Staaten, keineswegs zum sparen motiviert; im Gegenteil, der Rettungsschirm ist ja erweitert, es hat für jedes, auch korrupte Länder einen Platz, alle werden sich irgendwie ein Recht auf Unterstützung ableiten.

Nachdem die SP in erpresserischer

Manier Druck aufsetzte und gleichzeitig noch zusätzlich 640 Millionen Franken für die Entwicklungshilfe forderte, liessen sich offensichtlich auch viele Bürgerliche und halbwegs «Rechte» hinters Licht führen (Nationalrat: 94 Ja zu 68 Nein).

Dass dieses unwiederbringliche Geldverschenken der Referendumsmöglichkeit perfid durch ebensolche Politiker entzogen wurde, wird von den meisten Bürgerinnen und Bürgern als völlig undemokratisch und widerlich wahrgenommen und nicht mehr akzeptiert. Das Jonglieren des Parlamentes mit Steuermilliarden ist vorbei, ebenso die als Parlamentsdiktatur empfundene Geldverschwendung!

Auch die SVP erwog einen Kredit für den Wiederaufbau in Libyen, allerdings nicht in diesem, im Vergleich zu anderen Geberländern, skandalösem Umfang!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Geldsegen für inhaftierte Afrikaner?

OWU. Kein Scherz: Das Bundesamt für Migration (BFM) unter Bundesrätin Widmer-Schlumpf prüft allen Ernstes, ob ausländischen Afrikanern in Ausschaffungs- oder Durchsetzungshaft Geld als Anreiz für die freiwillige Ausreise bezahlt werden

solle. Die Steuerzahler können von Glück reden, dass das BFM von einem Begrüssungsgeld für illegale Einwanderer, einer Rückerstattung der auf der «Flucht» entstandenen Kosten und einer lebenslänglichen Rente abgesehen hat. Bravo!

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Wir haben tiefes Mitgefühl mit der leidgeprüften Bevölkerung Japans!

SD gegen Atomstrom!

Wir Schweizer Demokraten unterstützen bei früheren Volksabstimmungen sämtliche Atom-Ausstiegsinitiativen und die Atom-Moratoriumsinitiative.

In unserem SD-Parteiprogramm steht zur Energiepolitik zu lesen:

Die Energiepolitik darf sich nicht nach den vermeintlich zwingenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Konsumenten richten, weil der Energieverbrauch ohne wirksamen Gegendruck stetig zunehmen wird. Vielmehr muss die Forschung Wege aufzeigen, wie der Energieverbrauch verringert werden kann. Mehrverbrauch belastet die Umwelt.

Je mehr Energie in ein System eingeführt wird, umso mehr wird dessen Wachstum angeheizt und umso störungsanfälliger wird dieses. Wir fordern:

– Förderung von Wärmeisolationen an Gebäuden und Anlagen;

- Einführung einer sozialen Energieverbrauchssteuer;
- Abschaffung der Mengenrabatte bei allen Energieträgern;
- Vermeidung unnötiger Klimaanlagen;
- Förderung energiesparender Techniken, zum Beispiel Wärmekraftkopplung, Wärmepumpen, Nutzung der Sonnenenergie für die Warmwasseraufbereitung;
- schrittweisen Ersatz der umweltschädlichen Energieerzeugung aus erschöpfbaren Quellen (fossile Energieträger, Uran) durch umweltfreundlichere und erneuerbare Quellen (Holz, Wasser, Sonne, Wind, Erdwärme);
- Bauten mit Sonnenkollektoren;
- Ausbau und Erneuerung älterer Wasserkleinkraftwerke;
- **mittelfristiger Ausstieg aus der Atomenergie.**

Nach den Atomunfällen in Japan lauten unsere Forderungen wie folgt:

1. Veraltetes AKW Mühleberg abschalten – dieses ist nur auf ein Erdbeben bis zur Stärke 5 ausgerichtet!
2. Das Uralt-Atomkraftwerk Fessenheim in Elsass – vor den Toren Basels – ist sofort stillzulegen. Es ist ein Pannen-AKW!
3. Keine Atomabfall-Lager in der Schweiz.
4. Keine neuen AKW bauen in der Schweiz.
5. Schnellstmöglich auf umwelt- und menschenfreundliche Energiegewinnung in der Schweiz umsteigen.

Den Pro-Atom-Parteien SVP, FDP, CVP und BDP gehört bei den nächsten Wahlen eine gehörige Abfuhr! Sie haben immer behauptet, dass diese Atom-Technologie absolut sicher sei – auch erdbebensicher!

SD-Parteileitung

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Gegen Einwanderung aus Drittstaaten!

FDP-Parteipräsident Fulvio Pelli will die Einwanderung aus Nicht-EU-Ländern steuern, bzw. begrenzen. Zwar eine löbliche Absicht, jedoch ohne Berücksichtigung des Einfallsreichtums der Einwanderer. Sie reisen illegal in die Schweiz ein, vernichten ihre Papiere und stellen ein Asylgesuch. Bei dessen Ablehnung schöpfen sie alle Rechtsmittel aus, wodurch ein **jahrelanger Gratis-Aufenthalt** bei uns möglich wird. Nicht selten beschäftigen sie Polizei, Justiz, Sozialämter und bevölkern die Gefängnisse. Im Falle einer dank den Menschenrechtsorganisationen immer aufwändigeren Abschiebung randalisieren sie oder reisen erst gegen Bezahlung einer «Rückkehrhilfe» von ein paar tausend Franken freiwillig aus. Eigentlich eine Einladung an alle, die noch nicht zum Geld abholen in unser Land gereist sind!

Im Jahr 2010 «flüchteten» beispielsweise gut 1900 Nigerianer in die Schweiz. Im selben Jahr wurde über 2243 Gesuche von Nigerianern entschieden. Bewilligt wurden exakt deren zwei. Warum wird dieser gigantische Leerlauf nicht endlich gestoppt und die für uns äusserst nachteilige, für Asylbetrüger aber vorteilhafte Asylnorm gekündigt? Ganz einfach: **Das Asylwesen ist zu einem profitablen**

Geschäftsmodell geworden. Asylanwälte, Asylantenbetreuer, Integrationsbeauftragte, Übersetzer, Mitglieder der Asylrekurskommission, usw. verdienen da ohne Leistungsdruck ihren Lebensunterhalt. Bei einer Aufkündigung der Asylnorm wäre damit Schluss! Aber diese Profiteure und die Parteien, denen sie angehören, würden über ihre (mit Steuergeldern?) quersubventionierten Propaganda-

organisationen Zeter und Mordio schreien. Die Mehrheit der Politiker will sich aber nicht mit diesen Organisationen anlegen und möchte den Asylnotstand lieber verwalten als beenden. Deshalb, nur deshalb müssen wir uns damit abfinden, dass die Einwanderung aus Drittstaaten unter dem Deckmäntelchen der Menschenrechte weiter anhalten wird.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Teilzeitbeschäftigung

Unterschriftensammler/in

Sind Sie politisch interessiert? Gehen Sie gerne auf Leute zu?

Wir suchen Leute aus der ganzen Schweiz, die selbstständig oder im Team Unterschriften für diverse Initiativen und Referenden sammeln. Bei jedem Auftrag können Sie selber entscheiden, ob Sie dafür sammeln wollen oder nicht.

Bezahlt werden Sie pro Unterschrift. Sammeln Sie wo, wann und so viel Sie wollen. Die Vergütung beträgt in der Regel zwischen Fr. 20.– bis Fr. 40.– pro Stunde.

Anforderungen: Sie sind volljährig, politisch interessiert, kommunikativ, freundlich, flexibel, zuverlässig, genau und sorgfältig arbeitend und haben keine Hemmungen, auch mal alleine auf die Strasse zu gehen und Leute anzusprechen.

Sind Sie interessiert? Bitte melden Sie sich unter Angabe Ihrer Postadresse, Ihrer Telefon/Mobiltelefon-Nummer und (sofern vorhanden) E-Mail-Adresse bei:

Schweizer Demokraten, Teilzeitbeschäftigung, Postfach 8116, 3001 Bern, Telefon 031 974 20 10 oder 079 232 85 69, E-Mail: info@schweizer-demokraten.ch